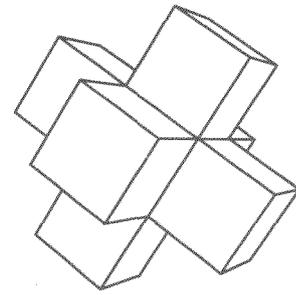


10563

Schweizer Freisinn



Maier, Franz Georg
Direktor Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 Bern

FDP Wir Liberalen.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Unter Freisinnigen	2	Brennpunkt	3	FDP-Frauen	14	Agenda
Kopf des Monats	2	FDP persönlich	4	Jungfreisinnige	16	Kreuzworträtsel

28. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz

Inhalt

Auslandschweizer-Preis:
Der in Chicago lebende Geschichtspräsident Leo Schelbert erhält die begehrte Auszeichnung der FDP Schweiz International. Damit wird Schelbert für seine Verdienste für die «fünfte Schweiz» geehrt. **10**

Swisscom: Weshalb die Bundesfesseln wegmüssen
Ob Swisscom die Bundesfesseln endlich abstreifen kann, wird nun im Parlament diskutiert. Die FDP setzt sich für eine flächendeckende Versorgung mit optimalen Telekommunikationsdienstleistungen ein. Deshalb muss Swisscom selbständig werden. **18**



Ihnen gehört die Zukunft: Mit der FDP-Offensive für eine intelligente Schweiz erhalten Schülerinnen und Schüler eine bessere Ausbildung. Bild: Keystone

Anzeige

Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00
T 062 832 10 50

Binder
rechtsanwälte

FDP kämpft für eine intelligente Schweiz

Klare Entscheide der Delegiertenversammlung für die Bildungsverfassung, für eine bessere Grundschule und für eine «Stiftung Forschung Schweiz»

Die ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 31. März und 1. April stand ganz im Zeichen einer «Intelligenten Schweiz». Grossmehrheitlich und oft gar einstimmig verabschiedeten die Delegierten ein Positionspapier für eine «Intelligente Schweiz». So

sollen zum Beispiel Kinder früher eingeschult werden. Schweizweit einheitliche Ausbildungsziele und Qualitätsstandards sind weitere Forderungen des Papiers. Zudem stimmten die Delegierten dem Projekt «Stiftung Forschung Schweiz» zu, welches ausgediente Militär-

standorte zu Forschungszwecken neu aufleben lassen will. Last but not least wurde auch die Ja-Parole zum Bildungsrahmenartikel beschlossen, welcher am kommenden 21. Mai zur Abstimmung gelangt.

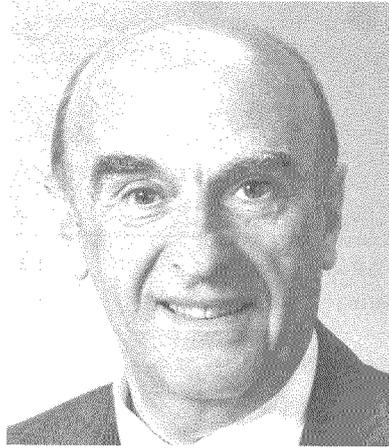
Seiten 12/13

Wer trägt schon vier Hüte?

In den nächsten Wochen entscheiden die eidgenössischen Räte über die Eigenständigkeit der Swisscom. Die heutige Konstellation hemmt die Entwicklung des Unternehmens und ist für den Bund problematisch. Der Bund trägt zurzeit vier Hüte: Er ist Gesetzgeber, Regulator, Hauptaktionär und Grosskunde.

Der Bund hat sehr grosse Einfluss-, Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten auf die Swisscom. So kann er über die Regulierung, über die Aufsicht, über die strategischen Zielvorgaben, über seinen Vertreter im Verwaltungsrat oder über seine Stimmkraft an der Generalversammlung auf das Unternehmen einwirken.

Dies ist problematisch. Als Grosskunde hat der Bund vor allem



Hans-Rudolf Merz

ein Interesse an möglichst tiefen Preisen. Als Regulator und Gesetzgeber hat er ein Interesse an kostengünstigen Angeboten von hoher Qualität, an breiter Verfügbarkeit neuer Technologien oder allgemei-

ner an der Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaft. Seine Interessen als Mehrheitsaktionär von Swisscom sind damit nicht durchwegs deckungsgleich. Sie liegen nämlich hauptsächlich in der Sicherung des Unternehmenswertes, was etwas ganz anderes bedeuten kann.

Das Gesagte ist nicht Gedankenenspiel. Das zeigte etwa die Frage der Auslandsengagements auf. Aus dem Engagement der Swisscom bei Debitel resultierte ein beträchtlicher Verlust von 3,3 Milliarden. Die Zeche dafür bezahlte letztlich mehrheitlich der Bund als Hauptaktionär. Als zweites Beispiel lässt sich das Ringen um das Aufbrechen der «letzten Meile» anführen. Je nachdem, ob man auf ideale Bedingungen für den Staat, für die

Kunden, für den Wettbewerb oder für die Swisscom abzielte, standen sich in den parlamentarischen Debatten die Positionen diametral gegenüber. Daraus liess sich kein gemeinsamer Nenner aus dem Hut zaubern. Es entstand in der letzten Frühjahrsession ein dünner Kompromiss.

Der Bund ist ein zerstrittener Gesetzgeber. Der Bund ist alles andere als ein homogener Aktionär. Die Bundesbeteiligung an Swisscom schränkt ihren Handlungsspielraum ein. Dabei braucht Swisscom bei der schnelllebigen Entwicklung des Telecommarktes unternehmerische Freiheiten, die ihr der Bundesrat nun zugestehen will.

Bundesrat Hans-Rudolf Merz

Kopf des Monats

Ständeratspräsident Rolf Büttiker



Rolf Büttiker, der Kopf des Monats April.

In der Politik ist vieles eine Interpretationsfrage, aber eben nicht alles. Es gibt ganz klar auch Falsch-aussagen und Lügen. FDP-Ständeratspräsident Rolf Büttiker hat dafür gesorgt, dass solche Lügen kurze Beine haben. Als Bundesrat Blocher im Ständerat nachweislich wahrheitswidrig behauptete, er habe zwei Ausländer nie als Krimi-

nelle bezeichnet, verlangte Büttiker vom Bundesrat eine Entschuldigung. Ein zerknirschter Bundesrat Blocher musste sich vor versammelter Medienschar dafür entschuldigen, dass er den Ständerat ange-logen hatte. Für dieses Engagement zugunsten der Wahrheit in der Politik gebührt Rolf Büttiker der Titel «Kopf des Monats».

Geit's no

«Blick»-Chefredaktor Werner de Schepper griff wieder einmal gegen den Freisinn in die Tasten. In einem Samstags-Kommentar sinnierte er, der Freisinn werde untergehen, aber das sei weiter nicht tragisch. De Schepper, von Beruf Theologe, wandelt dabei auf historischen Spuren. Mitte des 19. Jahrhunderts wettete der an sich liberal gesinnte Pfarrer von Lützel-flüh, Albert Bitzius – besser bekannt unter seinem Schriftsteller-Namen Jeremias Gotthelf – gegen die Radikalen, also gegen die späteren freisinnigen Staatsgründer. Rückblickend wissen wir, dass mit der Gründung des modernen Bundesstaates die beispiellose Erfolgsgeschichte der Schweiz begann und Gotthelf mit seiner Kritik falsch lag. In seinem literarischen Wirken lässt sich de Schepper wahrlich nicht mit Gotthelf vergleichen. Dennoch hindert dies den «Blick»-Chefredaktor nicht, aus der Geschichte zu lernen – gewissermassen von Pfarrer zu Pfar-
rer.



Jeremias Gotthelf

Bild: Keystone

Neuer Wein in neuen Schläuchen

Das neue Erscheinungsbild der FDP zeigt, wer wir sind und was wir wollen: Wir sind liberal Denkende, welche die Schweiz bewegen wollen und bewegen werden

Von Fulvio Pelli,
Präsident der FDP Schweiz

Sie halten die erste Nummer des neuen «Freisinn» in Händen. Dieser «Freisinn» sieht nicht nur anders aus, er bringt auch neue Inhalte. Diese Beschreibung trifft nicht nur auf unsere Zeitung zu, sondern auf die FDP ganz allgemein. Im vergangenen Oktober haben die Delegierten der FDP Schweiz das Grundsatzpapier «Eine Schweiz in Bewegung – Eine erfolgreiche Schweiz» einstimmig gutgeheissen und damit den Weg für die kommenden Jahre aufgezeigt. Basierend auf unseren liberalen Werten wollen wir für eine intelligente, wachsende, gerechte und offene Schweiz kämpfen. Die Umsetzung dieser Strategie ist bereits im Gang. In der Frühjahrssession hat die FDP-Fraktion mehrere Vorstösse zu den vier Schwerpunkten eingebracht. An der Delegiertenversamm-



Fulvio Pelli

lung in Glarus haben die Delegierten der FDP Schweiz ein Reformpaket für eine Grundschule, in der sich Leistung wieder lohnt, verabschiedet.

Neue Inhalte, neuer Auftritt

Mit ihren Schwerpunkten schlägt die FDP den Weg Richtung

Wie gefällt Ihnen der neue «Freisinn»?

Haben Sie Lob, Kritik und Anregungen? Schreiben Sie uns Ihre Meinung.

info@fdp.ch oder per Post:
FDP Schweiz, «Freisinn», Postfach, 3001 Bern

Zukunft ein. Diese Richtung soll sich auch im Erscheinungsbild widerspiegeln. Deshalb wurde der Auftritt der FDP vollständig überarbeitet. Das Erscheinungsbild wird moderner, klarer und transparenter. So wurde beispielsweise das Logo angepasst. Als neues Bildelement wurde das konstruktive Schweizerkreuz eingefügt. Dieses dreidimensionale Kreuz steht für Bewegung; für die Bewegung, welche die Schweiz wieder haben muss, um erfolgreich zu

sein. Dieses Kreuz kann in verschiedenen Perspektiven dargestellt werden.

Einfache Umsetzung

Bei der Gestaltung des neuen Erscheinungsbilds stand auch immer die Anwendbarkeit im Vordergrund. Das schönste Erscheinungsbild ist wertlos, wenn es in der Anwendung kompliziert und umständlich ist; gut aussehen alleine genügt nicht. Diesem Umstand trägt das neue Erscheinungsbild Rechnung. Mit einer Vielzahl von Vorlagen und problemlos anwendbaren Definitionen ist die Einfachheit gewährleistet. Auf einer CD-ROM und im Internet sind sämtliche Vorlagen verfügbar. Alle Ortsparteipräsidenten erhalten diese CD-ROM und können das neue Erscheinungsbild sofort anwenden. Neue Vorlagen sind zudem im Internet abrufbar.

Gemeinsam stark

Ein gemeinsamer, einheitlicher Auftritt ist wichtig – sowohl inhaltlich als auch formal. So wissen die Bürgerinnen und Bürger, wofür die FDP steht, was ihre Werte und was ihre Projekte sind. Ich rufe deshalb alle Freisinnigen dazu auf, unsere Projekte weiterzutragen und das neue Erscheinungsbild umzusetzen – sowohl auf Bundesebene als auch in den Kantonen und Gemeinden.

The image shows several FDP campaign materials. On the left is a brochure titled 'Eine Schweiz in Bewegung - Eine erfolgreiche Schweiz' with a 3D cross logo. In the center is another brochure titled 'Leistung muss sich lohnen - vor allem in der Bildung' with the text 'Die wachsende Schweiz', 'Die intelligente Schweiz', 'Die gerechte Schweiz', and 'Die offene Schweiz'. On the right is a brochure titled 'Aktuelle Forschung' with the text 'Wachsende Schweiz', 'Intelligente Schweiz', 'Gerechte Schweiz', and 'Offene Schweiz'. Below these are the logos and names of the FDP branches: FDP Wir Liberalen., PRD Les Radicaux., PLR I Liberali., and PLD Nus Liberals. A 3D cross logo is also shown on the right side of the materials.

Schweizerische Nationalbibliothek NB
Bibliothèque nationale suisse BN
Biblioteca nazionale svizzera BN
Biblioteca naziunala svizra BN

Entschuldigung

Ständerat Thomas Pfisterer ist sehr gewissenhaft und immer im Rat anwesend. In der Frühjahrs-session blieb sein Platz aber – entgegen allen Gepflogenheiten – einen Tag lang leer. Pfisterer machte einen Abstecher nach Turin zu den Paralympics. Dort startete Pfisterers Sohn im Skibob zum Super-G.



Yann Frédéric Schommer

8. Februar, ein sehr lebendiges Kind und gestaltet sich in echt liberaler Manier seinen Tages- und Nacht-Ablauf selber.

Schlaflos

FDP-Generalsekretär Guido Schommer ist Tag und Nacht für die Partei im Einsatz. Seit Februar am Tag für die Mutterpartei und in der Nacht für die Nachwuchsabteilung. Dem Vernehmen nach ist Yann Frédéric Schommer, geboren am

Nachwuchs

Während die Delegierten in Glarus das Thema «Bildung» diskutierten, kam bundesrätlicher Bildungsnachwuchs zur Welt. Seit Ende März ist Bundesrat Hans-Rudolf Merz nämlich Grossvater. Die FDP gratuliert hierzu ganz herzlich. Ge-

mäss unbestätigten Gerüchten gab es zur Geburt ein Sparkässeli. Schliesslich weiss niemand besser als Hans-Rudolf Merz, wie wichtig es ist, bereits früh zu lernen, wie mit Geld umzugehen ist.

Hübsche Partei

Seit Ende März, seit der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Glarus, hat die FDP die schönsten Delegierten, dies zumindest verspricht die Werbung. Die Glarner Tourismus-Werbung wirbt mit dem Slogan «Glarnerland macht schön». Anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung vom 18./19. August in Murten wird selbstverständlich überprüft, ob diese Werbung korrekt oder bloss leere Versprechung ist.

Nationalrätliche Verwirrung

FDP-Nationalrat Otto Ineichen sorgte bei der Diskussion über eine Motion betreffend Berufsausbildung für Verwirrung. Weil der Gegenantragsteller unauffindbar war und dessen Stellvertreter nicht mehr wusste, worum es in der Motion überhaupt ging, wollte Otto Ineichen helfend eingreifen. Er habe den Minderheitsantrag ebenfalls unterschrieben, leitete er seine Stellungnahme ein ... und wurde sogleich von der freisinnigen Nationalrats-Vizepräsidentin Christine Egerszegi unterbrochen. Das stimme gar nicht, beschied sie Otto Ineichen, und schickte ihn wieder an seinen Platz zurück.

Veranstaltung

Fachtagung «Public-Private-Partnership»

Es wird der Frage nachgegangen, wann und wo die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und privater Unternehmen sinnvoll ist und wie diese Zusammenarbeit ausgestaltet werden kann.

Hotel National in Delsberg
Samstag, 10. Juni, 11 Uhr

Diese Fachtagung wird zusammen mit der Liberalen Partei der Schweiz im Rahmen der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) organisiert.



Delsberg

Bild: Keystone

Rückenschmerzen
70'000 Menschen in der Schweiz
haben Morbus Bechterew.

Und Sie?



Pascale Stalder, Maturandin

Thurgau

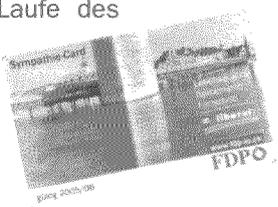
Nein zu Lernverboten

Die FDP Thurgau setzt sich vehement gegen die Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» ein. Die Initiative kommt am 21. Mai zur Abstimmung. Eine ähnliche Initiative im Kanton Schaffhausen ist insbesondere dank der kantonalen FDP gescheitert. Fulvio Pelli, Präsident der FDP Schweiz, gratulierte den Schaffhausern anlässlich der Delegiertenversammlung im Kanton Glarus zu diesem Resultat und rief die FDP-Kantonalparteien auf, ähnliche Initiativen in anderen Kantonen ebenfalls zu bekämpfen.

Luzern

Heizöl von der FDP

In der letzten Ausgabe des «Luzerner Freisinn» bot die FDP Luzern exklusiv für «Freisinn»-Leser/innen Heizöl zu einem günstigen Preis an. Die Aktion findet im Rahmen der FDP-Sympathie-Card statt, welche im letzten Jahr lanciert wurde und an FDP-Sympathisanten im Kanton Luzern abgegeben wurde. Mit ihr können die Leser/innen im Laufe des Jahres von verschiedenen Aktionen profitieren.

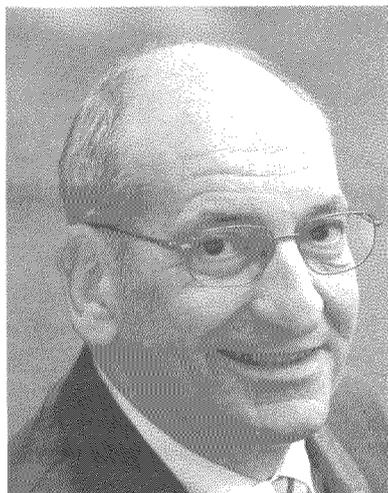


Bern

100 Jahre FDP Langenthal

Am 24. Februar feierte die FDP Langenthal im Beisein von rund 400 Gästen aus Politik, Kultur und Wirtschaft ihr 100-jähriges Bestehen. Neben Bundesrat Pascal Couchepin, der eine Festansprache hielt, und FDP-Präsident Fulvio Pelli waren auch verschiedene Politiker anderer Parteicouleur zugegen.

Die FDP Langenthal wurde am 6. April 1906 von 40 Freisinnigen im Gasthaus Kreuz zu Langenthal gegründet. Bereits im Gründungsjahr stellten die Langenthaler Freisinnigen mit dem Textilunternehmer Arnold Gugelmann einen Nationalrat.



Graubünden

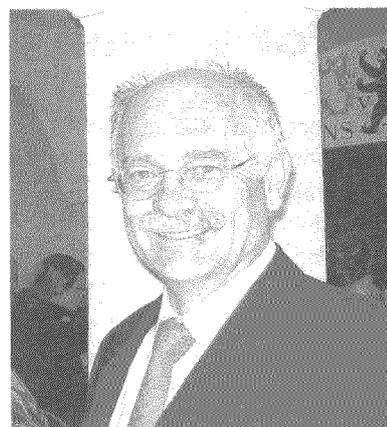
Themenparteitag «Tourismus Graubünden»

Am 5. April fand in St. Moritz ein Themenparteitag zum Thema «Tourismusstrukturen: Ist Graubünden auf dem richtigen Weg?» statt. Namhafte Referenten wie Prof. Hansruedi Müller, Universität Bern, Oliver Federspiel, Direktor Graubünden Ferien, Hans-Peter Danuser, Kurdirektor St. Moritz, und Martin Schmid, Bündner Regierungsrat, diskutierten zum Thema. Im Anschluss wurden 5 Thesen verabschiedet.

Appenzell Ausserrhoden

Brunnschweiler gewählt

Der freisinnige Köbi Brunnschweiler wurde zum neuen Landammann von Appenzell Ausserrhoden gewählt. Der zweite freisinnige Kandidat für den Regierungsrat, Peter Langenauer, zog seine Kandidatur nach dem ersten Wahlgang zurück.



Baselland

Hans Fünfschilling zieht Kandidatur zurück

Ständerat Hans Fünfschilling hat seine Zusage zu einer Wiederkandidatur bei den eidgenössischen Wahlen 2007 zurückgezogen. Er hatte seine Zusage im Vertrauen auf die volle Unterstützung von SVP und CVP gemacht. Es musste aber festgestellt werden, dass die zugesagte Unterstützung der SVP für die FDP an unannehmbare Bedingungen geknüpft wurde. Ständerat Hans Fünfschilling ist enttäuscht über dieses Verhalten seitens der SVP und hat sich entschlossen, nicht mehr zu kandidieren.



Hans Fünfschilling

Die SVP hat ohne Rücksprache innerhalb der Verhandlungsdelegation der bürgerlichen Parteien kommuniziert, dass sie zwei Kandidatinnen/Kandidaten für die Regierungswahlen aufstellen wird.

Damit hat die SVP gegen ihre eigene Zusicherung verstossen, keine bisherigen bürgerlichen Kandidierenden anzugreifen.

Bern

Jungfreisinnige neu mit Co-Präsidium

Christine Bobst, Langenthal, und Christian Dünner, Frutigen, heissen die neuen Co-Präsidenten der Jungfreisinnigen des Kantons Bern. Sie folgen auf Stefan Nobs, der nach vier Jahren als Kantonalpräsident zurückgetreten ist.

Solothurn

Blockzeiten dank FDP-Vorstoss

Die Solothurner Freisinnigen stellten im Jahr 1999 mit einer Interpellation erste Fragen zur Einführung von grossen Blockzeiten. Im Mai 2005 wurde eine FdP-Motion «Flächendeckende Einführung von grossen Blockzeiten an den Volksschulen» überwiesen. Nun liegt der Beschluss auf dem Tisch, und auf Beginn des Schuljahres 2007/2008 werden an allen Schulen im Kanton Solothurn die grossen Blockzeiten

eingeführt. Blockzeiten helfen den Kindern, Schulstruktur und Schulrhythmus werden klar, ein geregelter Tagesablauf gibt Sicherheit.

In Gemeinden mit langen Schulpfaden kann der Transport besser koordiniert werden. Die Eltern wissen, wann ihre Zöglinge in der Schule oder im Kindergarten sind, denn nun ist klar: von 8.15 Uhr bis 11.45 Uhr ist Schule oder Kindergarten.

Informations- und Diskussionsanlass vom 14. März

Von Kurt Fluri, Nationalrat SO

Nachdem bekanntlich die Anstellungsbedingungen, die verschiedenen Spar- und Entlastungsprogramme, die Bundesverwaltungsreform sowie die Revision der Bundespensionskasse PUBLICA und anderes mehr bevorstehen, hat sich unter dem Bundespersonal verständliche Unruhe be-

merkbar gemacht und Informationsbedarf angemeldet. Am 14. März 2006 organisierte die FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst einen Informations- und Diskussionsanlass. Den beiden aufschlussreichen Referaten der Herren Juan Gut, Direktor Eidgenössisches Personalamt, und Werner Hertzog, Direktor PUBLICA,

folgten einige Fragen. Daran schloss sich der traditionelle Apéro an, während dessen die Erkenntnisse aus den beiden Referaten vertieft sowie die gegenseitigen Beziehungen gepflegt werden konnten. Nachfolgend einige Auszüge aus den beiden Referaten.



Kurt Fluri

PUBLICA

Wichtiger Meilenstein erreicht

Von Werner Hertzog,
Direktor PUBLICA

Am 23. September 2005 hat der Bundesrat die Botschaft und den Entwurf zum Bundesgesetz über die Pensionskasse des Bundes gutgeheissen. Die Inhalte der geplanten Gesetzesrevision sind für die Öffentlichkeit zugänglich und die politische Diskussion ist lanciert. Die staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N) bereitet momentan dieses Geschäft für die Behandlung im Erstrat vor. Entgegen der ursprünglichen Planung wird das Geschäft wahrscheinlich erst in der Sommersession 2006 im Nationalrat behandelt.

Nun geht es darum, die Vorsorgereglemente und die Anschlussverträge zu entwickeln. Fünf Arbeitsgruppen sind eingesetzt.

In den Medien war das Echo auf den Gesetzesentwurf und die Botschaft deutlich vernehmbar.

«Das Echo auf die Entscheide der Landesregierung fiel derart kontrovers aus, dass offenbar genau jene mittlere Unzufriedenheit erreicht wurde, die in der Schweiz der optimale Humus ist, um ungeliebten Vorlagen zum Durchbruch zu verhelfen.» (NZZ vom 24. 9. 2005)

Die Idee der Rentenkasse und der damit verbundenen Leistungsgarantie ist tatsächlich zentral, teilweise neu und erklärungsbedürftig.

Wir sind überzeugt, dass dies finanz- und personalpolitisch ein geeigneter Weg darstellt. Auf alle Fälle sind wir mit dieser Frage auf einer Gratwanderung.

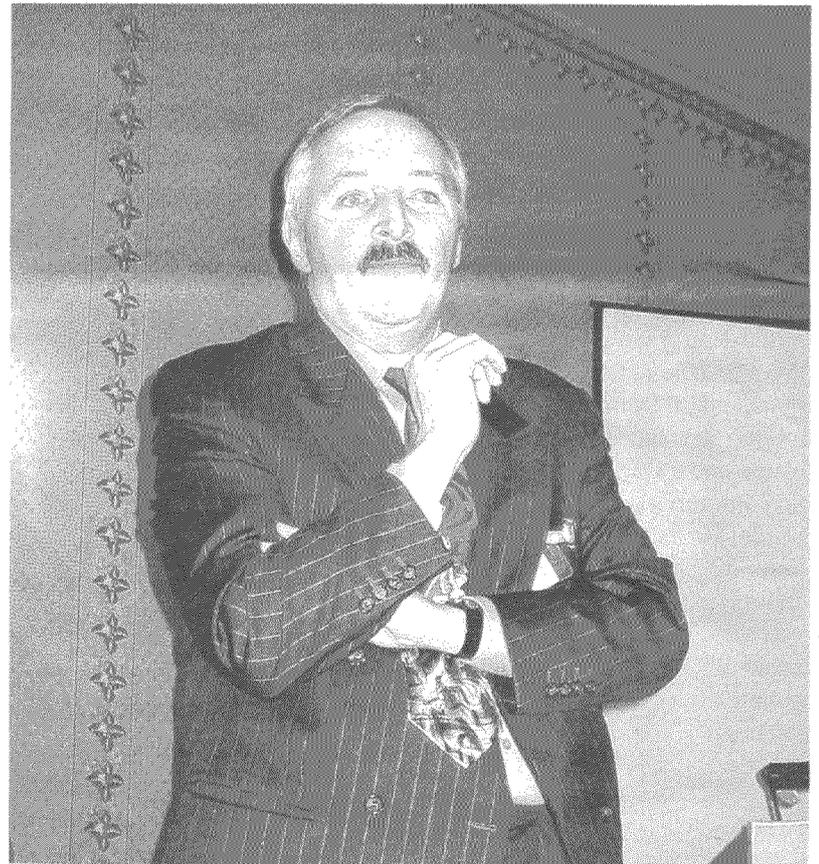
Bei der eigentlichen Vorsorgelösung orten die Parlamentarier noch zwei Schwachstellen:

- die fehlende Übergangslösung für die Altersgruppe der 45–54-Jährigen
- die Finanzierung der Überbrückungsrente

Die fehlende Übergangslösung ist diskussionswürdig. Es ist vorgesehen, die Beitragslast der Arbeitnehmenden in dieser Altersgruppe zu Lasten des Arbeitgebers zu verschieben. Dies würde für eine beschränkte Übergangsfrist gelten. Damit ist im Vergleich zu den anderen Altersgruppen wieder etwas mehr Fairness hergestellt.

Die Notwendigkeit einer Überbrückungsrente im so genannten Standardplan (für die Lohnklassen bis und mit 23) ist nicht wirklich umstritten. Die paritätische Finanzierung sowie die soziale Abfederung in besonderen Personalkategorien durch eine Überparität seitens des Arbeitgebers liegen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und werden ernsthaft erwogen.

Schliesslich ist noch die statische Besitzstandsgarantie von 95% für die Versicherten ab Alter 55 (im Zeitpunkt des Primatwechsels) erwähnenswert. Statisch



PUBLICA-Direktor Werner Hertzog bei seinem Referat vor den freisinnigen Bundesangestellten.

heisst in diesem Zusammenhang, dass die garantierte Leistung am Stichtag des Primatwechsels berechnet und eingefroren wird. Im Zeitpunkt des effektiven Altersrücktritts werden die Leistungen im Beitragsprimat mit dieser Garantie verglichen; die höhere der beiden Leistungen wird dann zum Zug kom-

men. Damit wollen wir einen Torchlusseffekt beim Primatwechsel vermeiden. Ob es gelingt, entscheiden die betroffenen Versicherten selbst.

Das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen...!

Bundesverwaltungsreform

Eine personalpolitische Grossbaustelle

**Von Juan Felix Gut,
Direktor Eidg. Personalamt**

Die Bundesverwaltung verfügt über ein modernes Personalwesen, welches für viele öffentliche Verwaltungen und Institutionen im In- und Ausland Vorbildcharakter hat. Die anstehenden Herausforderungen verlangen nach einer Überprüfung des Bundespersonalwesens. Die Abklärungen finden im Rahmen mehrerer parallel laufender Projekte statt. Hauptziel der Überlegungen ist die Optimierung des Personalwesens und eine generelle Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung. Möglich wird eine solche durch die Straffung der personalpolitischen Produkte und eine Vereinfachung von Abläufen und Strukturen in der Personalarbeit.

Die personalpolitische Grossbaustelle umfasst zurzeit folgende Projekte: Im Rahmen der Bundesverwaltungsreform REF 05-07 sind

vom Projekt «Führung» Vorgaben für die prozessmässige und strukturelle Gestaltung der Departemente zu erwarten; das Projekt «Vereinfachung der Regelungsdichte in Personalangelegenheiten und im Personalrecht» prüft Varianten neuer rechtlicher Grundlagen für das Personalwesen (z. B. auch einen möglichen Übergang ins Privatrecht, d. h. ins Obligationenrecht). Das Projekt «Personalstrategie- und Prozesse» evaluiert kurzfristig realisierbare Effizienz- und Effektivitätssteigerungen. Im Eidg. Finanzdepartement befasst sich ein departementales Projekt mit dem Aufbau eines sogenannten «Shared Service Centers» (SSC), in dem gleichlaufende Prozesse – also routinemässig anfallendes Massengeschäft im Personalwesen – zusammengefasst werden sollen.

Daneben darf die laufende Totalrevision des Pensionskassengesetzes PUBLICA nicht vergessen

werden, deren Kern der Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat ist. Am Horizont stehen aber bereits weitere Herausforderungen, die angepackt werden müssen: so ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement, Massnahmen für eine flexiblere Beschäftigung älterer Mitarbeitenden und die Arbeiten zu einem neuen Personalmarketing. Gerade diese Aufgabe ist für den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Bundesverwaltung von zentraler Bedeutung: Bis 2010 werden gesamthaft rund 4000 Stellen abgebaut. Im gleichen Zeitraum muss die Bundesverwaltung aufgrund der normalen

Fluktuation zwischen 10000 und 12000 Mitarbeitende ersetzen können. Um diesen Abfluss an Know-how und Kompetenzen aufzufangen zu können, ist ein griffiges Personalmarketing ein absolutes Muss, gilt es doch in den kommenden Jahren fast ein Drittel des heutigen Personalbestandes zu ersetzen.

Die Aufgaben müssen auch vom Parlament ernsthaft begleitet und unterstützt werden!



Juan F. Gut

Talon

Ja, ich bin sehr interessiert und möchte der VoED beitreten.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Tel. _____

E-Mail: _____

Informationen und Unterlagen finden Sie unter www.fdp.ch (Vereinigung öffentlicher Dienst)

Einsenden an: Susanna Bühler, Bochet Carra 16, Case postale 28, 1400 Yverdon-les-Bains

Mit der FDP an die Spree!

Freut Euch! Erlebt, was aus dem Zusammenwachsen von zwei Hauptstädten, jener der DDR und Westdeutschlands, nach dem Fall der unmenschlichen Mauer (1961–1989) zur Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland geworden ist!

Die FDP in Berlin: das gab es schon einmal! Anfang der 80er Jahre war ich mit einer FDP-Frauengruppe in Berlin auf «Bildungsreise». Höhepunkt: Der Empfang durch den Gründer des Mauermuseums «Haus am Checkpoint Charlie», den inzwischen leider verstorbenen Rainer Hildebrandt. Hier, in seiner längst in aller Welt berühmten Informations- und Bildungsstätte, hatte ich mit meinem Team immer dann meine Hilfszentrale, wenn ich im Zusammenhang mit meinem anlässlich der Abriegelung Westberlins und des Mauerbaus (1961) gegründeten Hilfswerks für Berliner Kinder die Kleinen abholte. Seine Witwe, Alexandra Hildebrandt, die heutige Chefin des Hauses am Checkpoint Charlie, wird sich freuen, meine Parteifreunde zu empfangen.

Im kommenden Sommer empfängt das Hilfswerk, das heute als Verein konzipiert ist, das 20000. Berliner Ferienkind. In den 70er Jahren waren es vornehmlich Flüchtlingskinder; seit der politischen Öffnung nach Osten laden wir auch immer wieder sogenannte Heimkehrerkinder ein von Familien, die von ihrem verfassungsmässigen Recht Gebrauch machen und aus einem der heutigen GUS-Staaten der ehemaligen Sowjetunion in ihre Heimat zurückkehren – in der Regel an einer Hand zwei bis drei Kinder, und in der andern ein Köfferchen. Unter den Kindern einer Schweizer Familie lernen die kleinen «Russen» die deutsche Sprache sehr schnell!

Freut Euch auch auf die imposante Schifffahrt auf der Spree, und nicht minder auf den Spaziergang im herrlichen Park des Schlosses Charlottenburg. Ein weiterer Höhepunkt wird der Empfang auf unserer Botschaft sein; unser Botschafter Werner Baumann wird sich auf den Besuch aus der Schweiz freuen.

Marcel Aeschbacher, Ehrenmitglied der FDP Stadt Bern

Schreiben Sie uns!

Sind Sie anderer Meinung als eine «Freisinn»-Autorin oder ein «Freisinn»-Autor? Brennt Ihnen ein aktuelles Thema unter den Nägeln? Schreiben Sie uns – wir geben Ihnen eine Plattform.

Folgende Regeln gilt es zu beachten:

Je kürzer die Zuschriften, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Es besteht kein Anspruch auf Veröffentlichung. Es werden ausschliesslich Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern publiziert. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn»
z. H. Herrn Stefan Nobs, Postfach 6136, 3001 Bern
nobs@fdp.ch

Berliner Kind sucht Ferienplatz

Nachdem im vergangenen Jahr wieder über 300 Kinder aus Berlin in einer Schweizer Familie glückliche Ferien verbracht haben, möchten auch vom 6. Juli bis 5. August solche in die Schweiz fahren, unter ihnen notabene das zwanzigtausendste! Warum nicht auch einmal in einer freisinnigen Familie? Auskunft erteilt Theres Allemann, Telefon 032 484 00 01 oder Fax 032 484 00 02.

REWI-Minis mit FDP-Aufkleber (neues Logo)

aussen knackig schokoladig – innen cremig weich

- Schachteln à 240 Stück Fr. 65.–
- Schachtel à 20 Stück Fr. 6.–

zuzüglich Porto und Verpackung

Bestelladresse

FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 312 33 04



Liberaler Werte verteidigen

Am 11. April haben Parteipräsident Fulvio Pelli und Nationalrat Kurt Fluri die Resolution «Liberaler Werte verteidigen» den Medien präsentiert. Diese Resolution war von der Konferenz der Kantonalparteipräsidenten am 31. März verabschiedet worden. Die Resolution kritisiert die passive Haltung, welche die offizielle Schweiz im Rahmen des sogenannten Karikaturenstreits an den Tag gelegt hat. Anstatt Grundwerte und Grundrechte zu verteidigen und damit für die liberalen Werte einzustehen, versteckte man sich hinter dem Begriff der Neutralität. Ausgehend von diesem Vorfall hat die FDP nun innen- und aussenpolitische Forderungen formuliert, damit die liberalen Werte respektiert und vertreten werden. Die Resolution ist im Internet unter www.fdp.ch zu finden.

Klares Ja zum Osthilfegesetz

Die FDP hat sich klar für das neue Osthilfegesetz ausgesprochen. Dieses Gesetz ist die Basis für Direktinvestitionen in den neuen EU-Ländern. Die Schweiz entscheidet selber, in welchem Staat wie viel und wofür investiert wird. Der schweizerische Beitrag beläuft sich auf 100 Millionen Franken über 10 Jahre.

FDP legt zu

Die Tessiner Sonntagszeitung «il caffè» hat eine repräsentative Umfrage zur Stärke der Parteien im Kanton durchgeführt. Gegenüber 2003 legte demnach die FDP von 31,8% auf 32,9% zu. Ebenfalls zugelegt hat die SP. Sie liegt nun mit 26,8% auf dem zweiten Platz. Klar an Boden verloren haben gemäss dieser Umfrage CVP, SVP und Lega dei ticinesi.

Bessere Armee

Die FDP begrüsst den geplanten Entwicklungsschritt 2008/2011 der Armee, um die Armee den sicherheitspolitischen Anforderungen anzupassen. Allerdings fordert die FDP ein paar Ergänzungen. So soll die Armee beispielsweise einen Kostenrahmen von jährlich rund 4 Milliarden Franken erhalten. Ausserdem soll der Anteil der Durchdiener von heute 15 Prozent auf maximal 30 Prozent erhöht werden können.

Vorlagen bekannt

Am 25. September kommen die KOSA-Initiative, das Asyl- und das Ausländergesetz auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Die FDP Schweiz hat zu allen Vorlagen die Parolen bereits gefasst. Die KOSA-Initiative wird abgelehnt, weil sie die Rentensicherheit und die Stabilität des Schweizer Franks gefährdet. Zu den beiden migra-

tionspolitischen Vorlagen sagten die Delegierten der FDP Schweiz Ja, weil mit diesen die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern aus dem aussereuropäischen Raum klar geregelt und der Vollzug im Asylwesen verbessert wird.

In der Zeit weit zurück

Die Schweizer Demokraten haben für Mitte März zu einer Medienkonferenz betreffend den bilateralen Weg der Schweiz eingeladen; selbstverständlich um diesen Weg zu kritisieren. Interessant ist dabei, dass die Einladung den 22. März 1006 betrifft. Diese Zeitangabe ist zwar nicht ganz korrekt, aber immerhin konsequent. Sie beweist, dass die Schweizer Demokraten im Mittelalter stehen geblieben sind.

IV-Revision

Die Freisinnigen haben schon vor Jahren dazu aufgerufen, die Entwicklung der Verrentung endlich wirksam zu bekämpfen. Mit der nun vorliegenden Revision der Invalidenversicherung kann dies endlich gelingen

Von Christine Egerszegi-Obrist, FDP-Nationalrätin (AG)

Das heutige Invalidenversicherungsgesetz wird dem ursprünglichen Grundgedanken vor allem der «Eingliederung vor Rente» bei weitem nicht mehr gerecht. Die Invalidenversicherung ist eine Sozialversicherung, deren System im Jahre 1960 für etwa 0,4% der Bevölkerung gedacht war. Für 0,4% der Bevölkerung, die wegen Unfall oder Krankheit umgeschult werden musste, die Hilfsmittel zur Überwindung von Behinderungen brauchte oder schliesslich eine Rente beanspruchen musste. Dabei galt am Anfang der klare Grundsatz: Eingliederung vor Rente. Seit den 90er Jahren ist die Zahl der Invaliditätsfälle sprunghaft angestiegen. Heute beziehen fast 6% unserer Bevölkerung eine IV-Rente.

Leere Kasse

Schon lange sorgen wir uns in der FDP nicht nur wegen der massiven Steigerung der Fälle in den letzten 10 Jahren; es ist die finanzielle Lage der Versicherung, die völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Und dies, obwohl wir in geson-

derten Beschlüssen immer wieder Millionen als Finanzspritzen aus dem Feuerwehrtisch der Sozialversicherungen – aus der EO – genommen haben.

Die Invalidenversicherung ist in einer absolut desolaten finanziellen Lage: Sie verschuldet sich

seit den Jahren 2003/2004 in jedem Jahr mit zusätzlich 1,5 Mrd. Franken! Das heisst, dass jeden Tag mehr als 4 Mio. Franken neue Schulden dazu kommen! Bis Ende 2007 wird das Schuldenloch auf 11 Mrd. Franken angewachsen sein.

Die wichtigsten Änderungen der IV-Revision

- Vermehrte Wiedereingliederung durch Früherfassung.
- Verschiedene Massnahmen der Frühinterventionen (Anpassung des Arbeitsplatzes, Arbeitsvermittlung, sozialberufliche Rehabilitation usw). Damit soll bewirkt werden, dass ganz oder teilweise arbeitsfähige Personen ihren Arbeitsplatz behalten oder im gleichen Betrieb einen andern antreten können.
- Mitwirkungspflicht bei den Abklärungen und Umschulungsmassnahmen. Wer sie verweigert, muss richtigerweise mit Kürzungen oder Streichungen von Leistungen der Versicherung rechnen.
- Strengere Fassung des Begriffs der Invalidität und des Rentenanspruches, um den Zugang zu einer Rente etwas zu erschweren.
- Erhöhung der Mindestbeitragsdauer von einem auf drei Jahre.

Auslandschweizer-Preis 2006

Die FDP Schweiz International ehrte den in Chicago lebenden Geschichtsprofessor Leo Schelbert im Swiss Re Centre for global dialogue in Rüschlikon

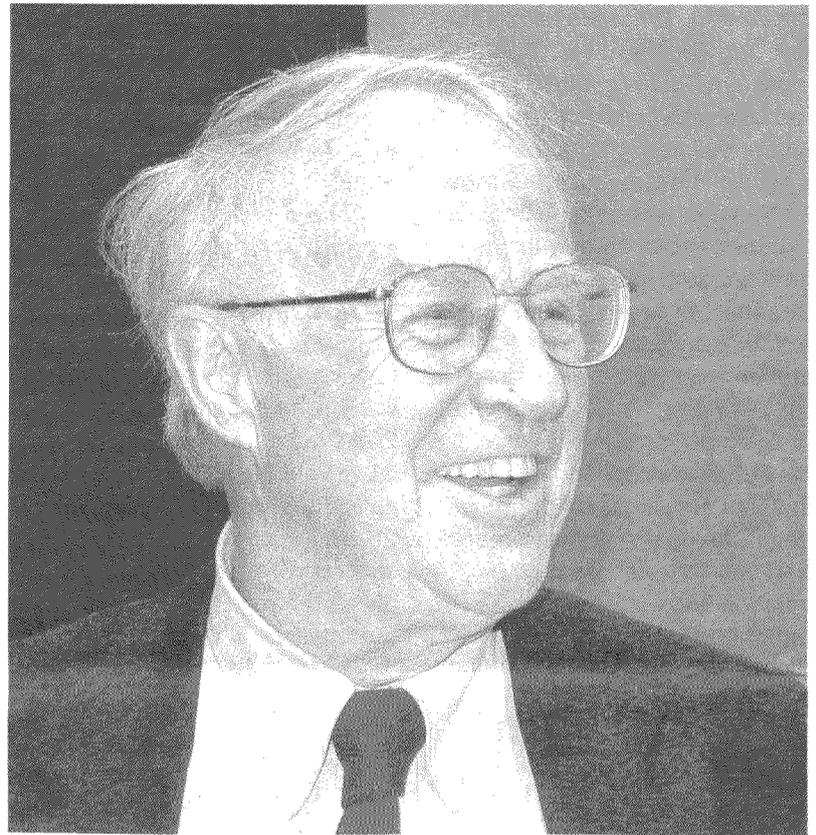
Von Christina Haas, Sekretärin der FDP Schweiz International

Die FDP Schweiz International hat am 6. April 2006 bereits zum fünften Mal den von ihr ins Leben gerufenen Auslandschweizer-Preis vergeben. Preisträger in diesem Jahr ist der 77-jährige Leo Schelbert, emeritierter Professor für Geschichte an der University of Illinois in Chicago. Unter Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten aus der Welt der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kunst und Kultur durfte Schelbert im Swiss Re Centre for global dialogue den Preis entgegennehmen.

Die im Jahre 2000 entstandene Idee, Persönlichkeiten für ihre Verdienste für die «fünfte Schweiz» auszuzeichnen, hat sich in den letzten vier Jahren weiterentwickelt. Die Teilnahme von zahlreichen Gästen aus den Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Kultur und Politik an diesem Anlass hat einmal mehr gezeigt, dass die Bedürfnisse der im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer auch in der Schweiz auf grosses Interesse stossen. Prof. Dr. Urs Bit-

terli überzeugte die Anwesenden mit einer persönlichen Laudatio. Er würdigte das Werk des Preisträgers auf sehr wertschätzende Art und Weise. Der neue Chefredaktor der NZZ, Markus Spillmann, gab der FDP Schweiz International die Ehre und sprach wenige Tage nach seinem Amtsantritt zum Thema «Der Reiz der Bilder und die Macht der Neugier – die NZZ und der Strukturwandel im internationalen Medienmarkt». Durch die Veranstaltung führte Nationalrat Markus Hutter, Präsident der FDP Schweiz International.

Die Jury unter der Leitung von Dr. Hugo Bütler, ehemaliger Chefredaktor der NZZ, hat sich mit der Wahl des «Auslandschweizers des Jahres 2006» dafür ausgesprochen, Herrn Prof. Dr. Leo Schelbert für seine herausragende Aufarbeitung der Schweizerischen Auswanderungsgeschichte nach Amerika zu ehren. Leo Schelbert ist unbestritten der beste Kenner der schweizerischen Auswanderungsgeschichte und der Geschichte der «fünften Schweiz», er ist DER Historiker der Ausland-



Leo Schelbert, Auslandschweizer-Preisträger 2006.

Bild: swissinfo

schweizerinnen und Auslandschweizer.

Zweck des Auslandschweizer-Preises ist es, die Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu unterstützen und die Anerkennung der Auslandschweizer-Gemeinde zu fördern. Gleichzeitig soll die jährlich stattfindende Verleihung des Auslandschweizer-Preises aber auch die Bevölkerung auf die Bedeutung der «fünften Schweiz» aufmerksam machen. Der Auslandschweizer-Preis besteht in der Verleihung des Titels «Auslandschweizer des Jahres» sowie einer Ehrenurkunde und der gleichzeitigen Aufnahme der geehrten Persönlichkeit in den «Ehrenclub der Förderer der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer»; besiegelt wird die Ehrung mit der Übergabe eines

symbolischen Preises sowie eines Geldpreises.

Für den diesjährigen Preis wurden im Sommer 2005 breite Kreise aufgerufen, mögliche Institutionen und Persönlichkeiten zu nennen, welche sich für den Preis eignen würden. Angefragt wurden die Auslandschweizer-Organisation (ASO), die Schweizerischen Botschaften im Ausland, die Mitglieder des Auslandschweizer-Rates sowie die Mitglieder und der Vorstand der FDP Schweiz International. Die 21 eingegangenen Kandidaturen aus den verschiedensten Fachgebieten und Ländern sind einmal mehr Beweis dafür, dass das Projekt bei den angeschriebenen Personen und Stellen auch beim fünften Mal ein grosses Echo ausgelöst hat.

Wort des Monats

Bildung

Bildung ist viel mehr, als mindestens 9 Jahre lang die Schulbank zu drücken und danach eine Lehre oder ein Studium zu machen. Wissen ist der Treibstoff der Zukunft. Damit die Schweiz möglichst viel von diesem Treibstoff hat, braucht es eine Bildungsoffensive. Die FDP hat diese Offensive lanciert. Wir wollen die besten Schulen der Welt, die beste Berufsausbildung und die besten Hochschulen. Noch sind wir nicht an diesem Punkt angelangt, und deshalb braucht es im Ausbildungsbereich eine Qualitätssteigerung. Leistung muss sich auch hier vermehrt lohnen. Voraussetzung für eine ausgezeichnete und flächendeckende Bildung ist ausserdem die Chancengleichheit in der Bildung. Alle Kinder sollen optimale Startbedingungen haben, um ins Bildungssystem und damit ins Leben einzusteigen. Dieser Einstieg muss nicht nur gut, sondern auch früh sein, denn in jungen Jahren lernt es sich schlicht einfacher. Ein Ende des Lernens gibt es nicht, denn Lernen ist ein lebenslanger Prozess.

KOSA-Initiative: Gefährlicher Angriff auf den Schweizer Franken

Am 24. September gelangt die sogenannte KOSA-Initiative zur Abstimmung. Diese Initiative will die Kasse der Nationalbank plündern.

Von Christian Weber,
Pressechef der FDP Schweiz

Mit der KOSA-Initiative will die Linke den Schlüssel für den Tresorraum der Nationalbank in die Finger kriegen. Im kriminalistischen Fachjargon könnte man dieses Verhalten auch einen «versuchten Bankraub» nennen. Aus finanz-, sozial- und ordnungspolitischer Sicht spricht alles gegen die linke KOSA-Initiative und trotzdem zielt sich die SVP, dieser Initiative eine klare Absage zu erteilen. Im Gegenteil: Man liebäugelt sogar mit der Unterstützung dieser Initiative. Dieses Zaudern ist gefährlich, denn die Gefahr steigt, dass die Initiative unter diesen Voraussetzungen angenommen wird – mit den entsprechend verheerenden Auswirkungen.



KOSA-Initiative: Frontalangriff auf die Nationalbank und auf den Schweizer Franken.

Bild: Keystone

Unwiderlegbare Gründe dagegen

Objektiv lässt sich klar aufzeigen, dass diese Initiative falsch ist – und zwar in mehrfacher Hinsicht.

1. Die Rentensicherheit wird gefährdet: Die Gewinne der Nationalbank sollen in die Sozialwerke umgeleitet werden und werden somit zu einem festen Bestandteil der Rentenfinanzierung. Dies funktioniert logischerweise nur solange die Nationalbank Gewinne in entsprechender Höhe erwirtschaftet.

Tut sie dies nicht, klafft ein Loch in der Kasse der Sozialwerke. Die Leidtragenden wären die Rentnerinnen und Rentner.

2. Höhere Steuern wären absehbar: Die Nationalbankgewinne gehen heute zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund – dies ist in der Verfassung festgelegt. Mit der KOSA-Initiative erhielten die Kantone weniger als heute und der Bund gar nichts mehr. Dies würde ein Loch in die betreffenden Staats-Kassen reissen.

Zwei Möglichkeiten wären die Folge: Entweder werden die Steuern erhöht, um den Einnahmefall zu decken, oder aber es werden Leistungen abgebaut.

3. Die Initiative ist ein Frontalangriff auf den Schweizer Franken: Aufgabe der Nationalbank ist es, eine Währungspolitik zum Wohle der Schweiz zu betreiben und nicht möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften. Genau das müsste die Nationalbank aber tun, wenn ihr Schicksal mit jenem der Sozialversicherungen verknüpft würde. Der Druck, möglichst viel Gewinn zu erzielen, wäre permanent da. Die Nationalbank würde wie eine Zitrone ausgepresst. Die Folge davon: Der Schweizer Franken wäre bald keinen Pfifferling mehr wert. Die Schweiz hätte keine Währungspoli-

tik mehr, welche diesen Namen verdienen würde.

Unsoziale Initiative

Dass die Linke dieses gefährliche Spiel mit den Rentnerinnen und Rentnern, dem Bunde, den Kantonen und dem Schweizer Franken spielt, ist nicht neu. Immer wieder lanciert die SP Initiativen, die im ersten Moment verführerisch klingen und den Anschein einer sozialen Idee haben. Bei genauerer Betrachtung ist dann aber festzustellen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Die KOSA-Initiative gefährdet die Rentensicherheit und die Generationengerechtigkeit. Sie ist deshalb in höchstem Masse unsozial.

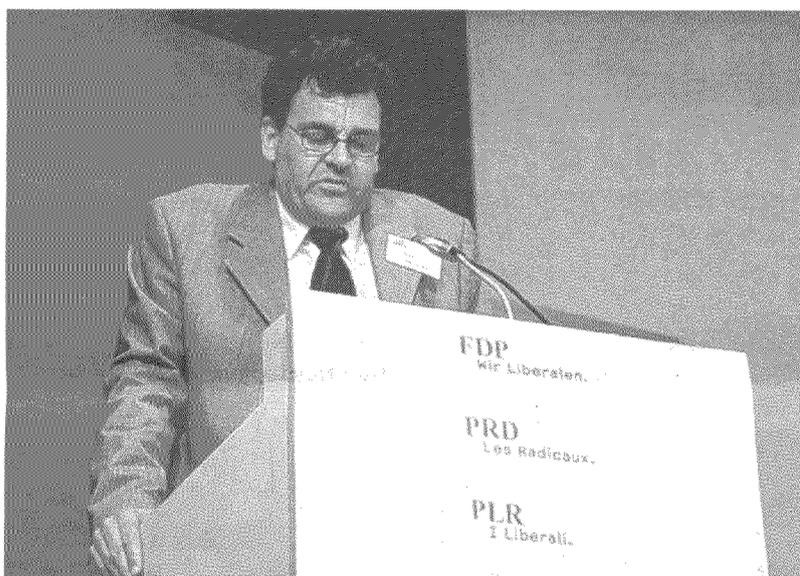
Parole der FDP Schweiz zur KOSA-Initiative: NEIN

gefasst anlässlich der Delegiertenversammlung in Mendrisio im April 2005

FDP unisono für neuen Bildungsartikel

Im ersten Teil der ordentlichen DV vom 31. März in Glarus haben die Delegierten einstimmig die Ja-Parole zum neuen Bildungsrahmen-Artikel, welcher am 21. Mai zur Abstimmung gelangt, beschlossen. Damit bekräftigen die Delegierten aus allen Kantonen ihren Willen zur Harmonisierung

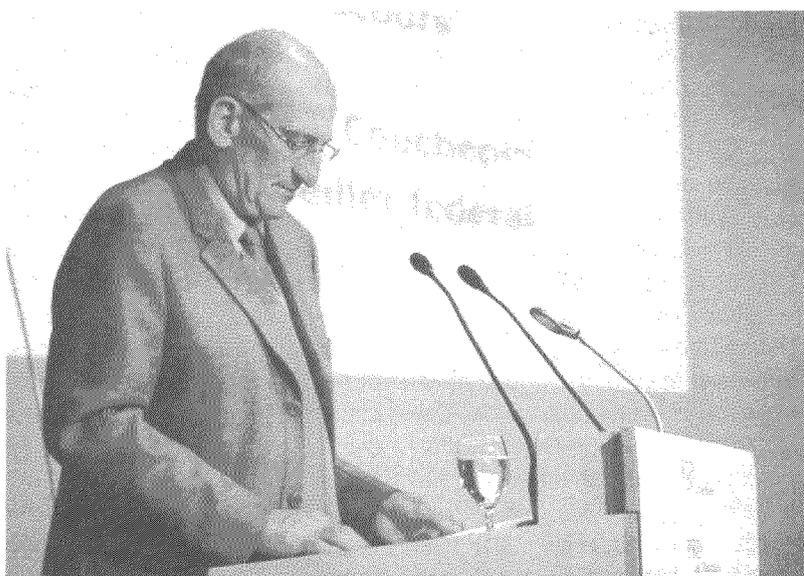
der schweizerischen Bildungslandschaft. Nationalrätin Christa Markwalder Bär und Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling, Präsident der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, unterstrichen in ihren Referaten die Wichtigkeit der Vorlage als ersten Schritt zur Harmonisierung.



Roland Schubiger, Präsident der Glarner FDP, hiess die Delegierten in Glarus willkommen.



Nationalrätin Christa Markwalder Bär und Regierungsrat Hans Ulrich Stöckling beantworten die Fragen der Delegierten.



Bildungsminister Couchepin erinnerte in seinem Referat, dass eine offene Gesellschaft mehr Kultur und Bildung voraussetze.



Bundesrat Pascal Couchepin (r.), hier zusammen mit Parteipräsident Fulvio Pelli, stand den Delegierten Red und Antwort.

Projekt «Intelligente Schweiz»

Leistung muss sich lohnen – vor allem in der Bildung

Der zweite Teil der DV am Samstag stand ebenfalls unter dem Motto «Intelligente Schweiz». Nach der Begrüssung durch die frisch wiedergewählte Glarner Regierungsrätin Marianne Dürst und der Rede des Parteipräsidenten Fulvio Pelli leitete Parteivizepräsident Ruedi Noser in das FDP-Projekt «Intelligente Schweiz» ein. Die Berner Regierungsrätin Dora Andres, Präsidentin der FDP-Arbeitsgruppe «Intelligente Schweiz», und Nationalrätin Christa Markwalder führten anschliessend durch die Diskussion des Papiers. Im Anschluss die gefassten Beschlüsse in Kurzform:

1. Gleiche Startbedingungen und individuelle Förderung als Credo der Chancengleichheit

Forderung 1a:
Der Sprachunterricht (Standard- resp. Unterrichtssprache) für fremdsprachige Kinder soll bereits vor dem Eintritt in die obligatorische Schule gezielt gefördert werden, damit diese bei der Einschulung die gleichen Startchancen haben wie die einheimischen Kinder.

Forderung 1b:

Das Augenmerk soll verstärkt auf die gezielte Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern einerseits und die Lernunterstützung für schulschwache Kinder andererseits gelegt werden (inkl. optionaler Verkürzung/Verlängerung der obligatorischen Schulzeit).

2. Frühere Einschulung

Forderung 2:
Die obligatorische Schulpflicht soll vorverlegt werden, indem die Kinder neu bereits ab dem erfüllten 4. Altersjahr in einem Kindergarten oder in einer Eingangsstufe eingeschult werden.

3. Evaluation und Vergleichbarkeit von Leistungen

Forderung 3:

Auf allen Schulstufen soll ein Benotungssystem eingeführt werden, das sich nach schweizweit einheitlichen Ausbildungszielen ausrichtet.

4. Investition in Lehrpersonen und die Bildungsvermittlung

Forderung 4:
Es soll vermehrt in die Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen sowie gezielt in die Bildungsvermittlung in den Schulzimmern investiert werden.

5. Exzellenz im (Fremd-)Sprachenunterricht

Forderung 5a:
Die FDP sagt faktischen Lernverböten in allen Themenbereichen der Schulbildung generell den Kampf an.

Forderung 5b:

Ein frühestmöglichster (auch spielerischer) Fremdsprachenunterricht für Kinder muss in der Primarschule gezielt gefördert werden.

Forderung 5c:

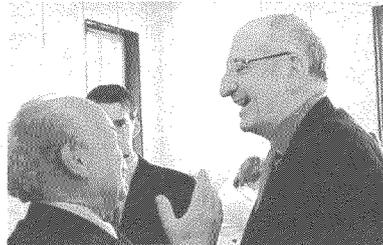
In der Deutschschweiz soll der Unterricht bereits ab Kindergarten oder Basisstufe in der Standardsprache Hochdeutsch durchgeführt werden.

Forderung 5d:

Am Ende der obligatorischen Schulzeit sollen schweizweit verbindliche Qualitätsstandards für die Sprachkenntnisse in der Mutter- resp. Standardsprache, in einer zweiten Landessprache sowie in einer weiteren Fremdsprache vorausgesetzt werden (Dreisprachigkeit).

6. Freie Schulwahl – vorerst auf Gymnasialstufe

Forderung 6:
Auf Gymnasialstufe soll mittels kantonaler/regionaler Pilotprojekte die freie Schulwahl (unter öffentlichen Gymnasien) geprüft und im Falle positiver Erfahrungen auch eingeführt werden.



Ruedi Schläpfer, «Freisinn»-Redaktor a. D., im Gespräch mit Bundesrat Pascal Couchepin.



Die beiden Bundesräte Pascal Couchepin und Hans-Rudolf Merz.



Alt Nationalrat Ernst Mühlemann (TG) ergreift das Wort zum Projekt «Intelligente Schweiz».



Tischgespräch unter Schaffhausern: Nationalrat Gerold Bührer (I.) und Kantonalpräsident Christian Heydecker.

Stiftung Forschung Schweiz

Forschung als Motor der Wirtschaft

Der Bund soll zur Bildung einer «Stiftung Forschung Schweiz» einen bedeutenden Beitrag leisten, indem er frei werdende Standorte (zum Beispiel den im Rahmen des neuen Stationierungskonzepts der Schweizer Armee frei werdenden Militärflugplatz Dübendorf) zur Verfügung stellt oder andere brachlie-

gende Flächen zur Nutzung freimacht oder -gibt. Weitere Stiftungs-träger könnten gemäss dem Projekt die Standortkantone, Unternehmen, Hochschulen und Forschungsinstitute sein.

Die FDP-Delegierten haben beschlossen, dass eine solche Stiftung zu gründen sei.



Das Podium zum Projekt Stiftung Forschung Schweiz: Peter Gomez, Universität St. Gallen; Christiane Langenberger, Ständerätin VD; Nationalrat Filippo Leutenegger als Moderator; Alexander Zehnder, Präsident des ETH-Rats, und Ruedi Noser, Nationalrat ZH (v. l. n. r.).

FDP-Frauen in Bewegung

Gemeinsam zum Schweizer Frauenlauf am 11. Juni in Bern

Der Schweizer Frauenlauf ist mit 13000 Teilnehmerinnen einer der grössten Breitensportereignisse in der Schweiz. Am Sonntag, 11. Juni 2006, feiert er seine 20. Austragung – mit Ziel vor dem Parlamentsgebäude auf dem Bundesplatz. Die FDP-Frauen haben beschlossen, gemeinsam mit einer Vielzahl von freisinnigen Frauen aus der ganzen Schweiz an diesem Anlass teilzunehmen.

Für jede etwas

Der Schweizer Frauenlauf bietet für jede etwas. Da bleibt keine Frau auf der Strecke. Besuchen Sie die Homepage www.frauenlauf.ch und lassen Sie sich inspirieren und vor allem motivieren. Wir wollen die Basisfrauen sowie die Mandatsträgerinnen mobilisieren. Die freisinnigen Frauen sind in Bewegung und haben das selbe Ziel vor Augen. Wie könnten wir dies besser dokumentieren als durch die gemeinsame Teil-

nahme am Schweizer Frauenlauf in Bern.

Die Thurgauerin Regula Brunner-Keller koordiniert das Projekt für die FDP-Frauen Schweiz. Sie ist für einheitliche funktionale Shirts besorgt und wirkt als Bindeglied zu den kantonalen Frauengruppen respektive Kantonalparteien. Die FDP-Frauen-Shirts werden zum Selbstkostenpreis abgegeben. Die Startkosten gehen zu Lasten der Teilnehmerinnen (günstige Kombitickets: Startgebühr + Bahn) gemäss Ausschreibung. Die An- und Abreise erfolgt individuell.

Weitere Informationen

Weitere Informationen und Kontakt zu den kantonalen Projektleiterinnen erteilt Regula Brunner-Keller (Bannhaldenstrasse 53, 8500 Frauenfeld, Tel. 052 722 10 97 oder Mail re.brunner@bluewin.ch).

Weitere Informationen zum Frauenlauf: www.frauenlauf.ch



Der Frauenlauf in Bern ist ein tolles Ereignis.

Nachgefragt

Regula Brunner, Projektleiterin Frauenlauf

«Freisinn»: Wieso sollen die freisinnigen Frauen gemeinsam am Frauenlauf mitmachen?

Regula Brunner: Zum einen bedeutet Sport ganz klar Lebensqualität. Zum anderen sollen durch eine gemeinsame Teilnahme Gefühle wie Solidarität, Teamgeist und Verbundenheit gestärkt werden. Netzwerke werden intensiviert und erweitert. Ich bin überzeugt, dass sich das gemeinsame Erlebnis auch positiv auf künftige Wahlkämpfe auswirken wird.

Wie sieht die optimale Vorbereitung für die (freisinnigen) Frauen aus? Muss man eine Sportskanone sein?

Frau muss keine Sportskanone sein, wichtig ist die Freude an der Bewegung. Ich empfehle den Frauen, gemeinsam in Gruppen zu trainieren. Das ist motivierend und unterhaltend zugleich. Für Anfängerinnen sind leichte Läufe zwei- bis dreimal die Woche optimal: lieber kürzer und langsamer, dafür regelmässig trainieren. Wer während des Lauftrainings noch sprechen kann, ist gut auf Kurs. Aktive Läuferinnen kennen ihr eigenes Training am besten. Aber der Frauenlauf bietet nicht nur Läuferinnen verschiedene Distanzwettbewerbe an, sondern auch Walkerinnen und Nordic-Walkerinnen. Es hat also für jeden Gusto etwas.

Mit wie vielen freisinnigen Frauen rechnen Sie?

Unser Ziel ist es, rund 300 freisinnige Frauen nach Bern zu bringen. Hinzu soll eine Vielzahl von Supportern kommen, die unsere Frauen auf ihrem Weg zum Bundesplatz unterstützen und anfeuern. Doch matchentscheidend ist nicht, wie viele Frauen letztendlich an den Start gehen. Jede Frau, die wir motivieren können, zählt. Ich wünsche den freisinnigen Frauen viel Spass beim gemeinsamen Training. Für all jene, die noch nie an einer solchen Veranstaltung teilgenommen haben, gilt: Jeder Weg beginnt mit dem ersten Schritt!

Bericht und Interview: bp



Die Thurgauerin Regula Brunner hatte die Idee zur gemeinsamen Teilnahme der FDP-Frauen am Schweizer Frauenlauf in Bern.

Persilschein für Rot-Grün

Linker Vormarsch geht klar zu Lasten der Frauen, und niemand stört sich daran

Von **Barbara Perriard**, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

Der rot-grüne Vormarsch in den kantonalen Exekutiven geht einseitig zu Lasten der Frauen. Doch kaum jemand stört sich daran. Via Medien wird den linken Parteien von Experten und Gleichstellungsbeauftragten ein Persilschein ausgestellt und Ab-solution erteilt. Einmal mehr werden die Parteien nicht mit gleicher Elle gemessen.

Rot-Grün ist im Vormarsch. Nach den Kantonen Neuenburg und Genf wird nun auch der Kanton Bern von einer linken Mehrheit regiert. Die Zeche dafür bezahlen die Frauen – auch wenn dieser Umstand gerne unter den Teppich gekehrt wird. Der im kantonalen Vergleich hohe Frauenanteil in der Berner Regierung von heute 3 Sitzen ist mit einem Schlag auf einen einzigen Frauensitz zusammengeschrunpft. Fortan sind die bürgerlichen Frauen nicht

mehr in der Berner Regierung vertreten.

Wortreiches Bedauern

Ruth Genner, Präsidentin der Grünen, und Hans-Jürg Fehr, Präsident der SP, bedauern via «Tagesanzeiger» wortreich, sprechen von «Einzelfällen» und einer «konjunkturellen Flaute».

Diese Erklärungsversuche sowie die von allerlei Experten und Gleichstellungsbeauftragten landauf, landab nach links erteilten Persilscheine sind ein Hohn für die Frauen.

Kein Einzelfall

Nicht nur der Kanton Bern, sondern auch andere Beispiele machen deutlich, dass die Parteien in der Frauenfrage offenbar nicht mit der gleichen Elle gemessen werden. In Genf sind die linken Frauen in der internen Ausmarchung unterlegen, und es wurden von Rot-Grün für vier Sitze vier Männer portiert. Die bürgerliche Frau wurde abge-



Barbara Perriard

wählt. Im Kanton Neuenburg haben die SP und die Grünen neben zwei völlig unbekanntem Frauen die Nationalräte Didier Berberat, Jean Studer und Ferndand Cuche ins Rennen für den Regierungsrat geschickt. Von Parität also keine Spur. Doch niemand stört sich daran.

Medialer Ablasshandel?

Die FDP-Frauen sind enttäuscht. Es wird nicht erwartet, dass die Linke unseren Kandidatinnen zum Durchbruch verhilft. Die Hoffnung auf Solidarität mit bürgerlichen Frauen ist schon längst begraben. Politische Machtpoker sind – auch wenn bei anderen Parteien stets

vorwurfsvoll beklagt – in einer gelebten Demokratie grundsätzlich legitim. Aber auch die Linke steht in der Pflicht, Frauen für Exekutivämter zu portieren. Nur wer Frauen portiert, erbringt einen echten Tatbeweis zugunsten der Gleichstellungspolitik. Von parlamentarischen Papiertigern zum Tag der Frau oder medial inszenierten Gleichstellungs(bundes-)räten haben die Frauen nämlich nichts. Und Ablasshandel gibt es auch nicht mehr.

Gratulation FDP-Frauen TG

FDP-Frauen Thurgau – eine eigenständige liberale Frauenorganisation mit neuen Strukturen

Ende März konnte im Beisein der Vizepräsidentin der FDP-Frauen Schweiz, der Schwyzer Kantonsrätin Irene Thalman, in der Kartause Ittingen im Kanton Thurgau die Gründung der jüngsten FDP-Frauen-gruppe gefeiert werden.

Rund 750 freisinnige Frauen gehörten während 10 Jahren einem losen Verbund an. Tatkräftigen Thurgauerinnen – allen voran der engagierten Präsidentin Maya Looser – ist es zu verdanken, dass nun ein eigenständiger Verein gegründet wurde. Die FDP-Frauen Schweiz sind überzeugt, dass die FDP-Frauen Thurgau durch diese Reorganisation zu einer eigenständigen liberalen Frauenorganisation mit noch schlagkräftigen Strukturen werden – denn «mit Charme allein macht man keine Politik» wie Maya Looser richtig gegenüber den Medien ausführte.

Die FDP-Frauen Schweiz gratulieren der Gründungspräsidentin Maya Looser und ihren Mitstreiterinnen ganz herzlich! (bp)

Vorankündigung

Die 3. Netzwerkausstellung der FDP-Frauen findet am Samstag, 28. Oktober 2006, statt.

Bitte reservieren Sie sich diesen Termin. Spätere Informationen folgen.

Kongress der europäischen Jungliberalen

Klares Votum gegen die undemokratischen Präsidentenwahlen in Weissrussland

Der diesjährige Kongress des europäischen Dachverbandes der Jungliberalen LYMEC endete mit der Verabschiedung zahlreicher Resolutionen. Die 150 Vertreterinnen und Vertreter liberaler Jugendorganisationen aus ganz Europa sprachen sich deutlich für einen starken Abbau der EU-Agrarsubventionen, für eine uneingeschränkte Pressefreiheit sowie für einen unabhängigen Staat Kosovo aus. Offiziell beendet wurde der Kongress vom wiedergewählten LYMEC-Präsidenten Roger Albinyana i Saigí aus Barcelona.

Im Verlauf des Kongress vom 7. bis 9. April 2006 wurde der Vorstand der Dachorganisation «European Liberal Youth» LYMEC neu gewählt, welche die Interessen von einer halben Million Jungliberaler auf europäischer Ebene vertritt. Er besteht neu aus Roger Albinyana i Saigí (Präsident, Katalonien, bisher), Aloys Rigäut (Vizepräsident, Belgien), Jeroen Benning (Kassier, Niederlande), Iuliana Leferman (Beisitzerin, Rumänien), Slaven Klobucar (Beisitzer, Kroatien), Dr. Pietro Paganini (Beisitzer, Italien, bis-

her) und Dalia Venslovaite (Beisitzerin, Litauen). Mit der Wahl von Fabian Etter als Auditor der Organisation bekleidet erstmals auch ein Jungfreisinniger ein offizielles Amt in der Organisation.

Nachdem am Freitag Bundesrat Hans-Rudolf Merz sowie Annemie Neyts, Präsidentin der liberalen Parteien Europas (ELDR), zum Thema «Europe in the 21st Century – Closer to the Citizen» gesprochen hatten, äusserte sich am Samstag FDP-Präsident Fulvio Pelli zur Bedeutung des Liberalismus in der

heutigen Politik. Ebenfalls zu den Referentinnen und Referenten am LYMEC-Kongress zählten unter anderem die Winterthurer Stadträtin Verena Gick sowie die jungfreisinnige Nationalrätin Christa Markwalder.

Weiterführende Informationen auf der Kongress-Website www.lymec2006.org.

Kongress der jungfreisinnigen schweiz

Neue Schwerpunktpositionen verabschiedet!

Anlässlich des zweiten Kongress-teils von heute Sonntag diskutierten die jungfreisinnigen schweiz jfs ihre politischen Leitlinien für die kommenden Jahre. Sie verabschiedeten dabei die drei Schwerpunktpapiere «Sozialpolitik», «Arbeit und Bildung» und «Ressourcen» sowie das Positionspapier «Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik».

Im Schwerpunktthema Sozialpolitik fordern die jungfreisinnigen, dass die Altersvorsorge endlich nachhaltig reformiert wird, damit auch künftige Generationen auf eine Rente zählen können. Die AHV soll gesichert werden, indem das Rentenalter laufend der steigenden Lebenserwartung angepasst wird. Zusätzlich soll die AHV-Rente nur noch der Teuerung angepasst werden und nicht mehr überproportional ansteigen. Die ausufernden Krankenkassenprämien wollen die

jungfreisinnigen mit mehr Eigenverantwortung der Versicherten bekämpfen. So soll der minimale Selbstbehalt auf 20% erhöht und die Mindestfranchise auf 1500 Franken angehoben werden.

Im Bereich der Arbeit und Bildung fordern die jungfreisinnigen weit gehende Schritte zur Vereinheitlichung der Leistungsstandards und -sicherung auf allen Bildungstufen. Die jfs unterstützen zudem die aktuellen Bestrebungen nach einer einheitlichen Regelung des Fremdsprachenunterrichts.

Zur Finanzierung schlagen die jungfreisinnigen einen verstärkten Einbezug der Wirtschaft vor, u. a. in Form des Fächer- und Lehrstellensponsorings an Schulen bzw. in Betrieben. Im Universitätsbereich ist das Stipendiensystem durch verzinst oder zinslose Darlehen zu ersetzen.

Die jungfreisinnigen setzen sich für die Sicherung sowohl der ökologischen als auch der ökonomischen Ressourcen ein. So befürworten sie die Einführung eines Klimarappens auf Brenn- und Treibstoffen wie auch verstärkte Anreize zum sparsameren Energieverbrauch.

Die jfs fordern eine klare Prioritäten- und Schwerpunktsetzung bei den Staatsausgaben hin zu mehr nachhaltigen Zukunftsinvestitionen für die kommenden Generationen. Sämtliche Beitrags- und Subventionszahlungen der öffentlichen Hand sind periodisch zu überprüfen und zu genehmigen. Die jungfreisinnigen sprechen sich für eine klare wirtschaftspolitische Öffnung der Schweiz aus. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip muss einseitig gegenüber der EU, aber auch gegenüber der NAFTA eingeführt werden. Ziel

ist die Abschaffung sämtlicher tarifärer wie nicht tarifärer Handelshemmnisse.

Für die jungfreisinnigen steht ein EU-Beitritt in den nächsten Jahren nicht zur Debatte. Die europapolitische Debatte muss auf einem reinen Tisch geführt werden. Daher muss das veraltete EU-Beitritts-gesuch zurückgezogen und künftig regelmässig geprüft werden, welche Kooperationsform zwischen der Schweiz und der EU für unser Land am vorteilhaftesten ist. Schliesslich erfordert die internationale Kooperation den Fokus auf Sachpolitik und nicht Publizität zu legen.

Einladung



jungfreisinnige schweiz
jeunes radicaux suisses
giovani liberali radicali svizzeri
giuvenes liberals svizzers

Fachtagung und Ausbildungsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der jcvp und Swiss Life

Altersvorsorge in der Schweiz heute und morgen – Ihr nächstes Wahlkampfthema?

Samstag, 6. Mai 2006, in Zürich
Samstag, 13. Mai 2006, in Lausanne

Programm

- 9.00 Uhr Begrüssung
Dr. Rolf Dörig, Präsident der Konzernleitung Swiss Life (in Zürich)
Paul Müller, CEO Schweiz Swiss Life (in Lausanne)
- 9.15 Uhr Fachlicher Input Vorsorge
- 10.30 Uhr Workshops
1. Grundlagen und Herausforderungen der AHV
2. Grundlagen und Herausforderungen der Beruflichen Vorsorge
- 12.00 Uhr Zusammenfassung und Ausblick
- 12.30 Uhr Apéro und Stehlunch (offeriert)

Die Ausbildungsveranstaltung richtet sich an jungfreisinnige Mitglieder sowie Interessenten jungfreisinnige und bietet die Möglichkeit, Kenntnisse zur Altersvorsorge aufzubauen bzw. zu vertiefen.

Die Teilnahme ist kostenlos. Wir freuen uns über Ihre Anmeldung bis Ende April an: sekretariat@jungfreisinnige.ch

Kongress der jungfreisinnigen schweiz

Neuer Vorstand bestellt

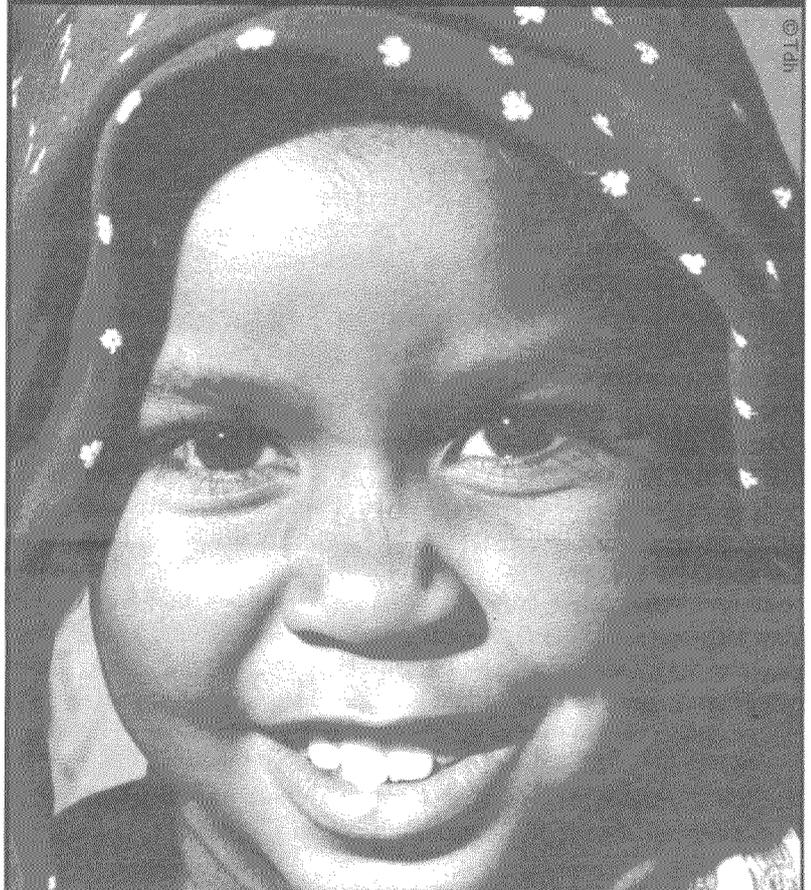
Anlässlich des Kongresses der jungfreisinnigen schweiz (jfs) in Genf wurde der neue Vorstand bestellt. Seit den Aufzeichnungen über die jfs ist es das erste Mal, dass der Vorstand mit Mitgliedern aus allen vier Sprachregionen der Schweiz zusammengesetzt ist.

- Lena Schneller, Zürich ZH, Präsidentin
- Adrian Michel, Ermatingen TG, Vizepräsident
- Olivier Naray, Genève GE, Vizepräsident
- Stefano Rizzi, Bedano TI, Kassier

- Silvan Amberg, St. Gallen SG, Beisitzer
- Simon Berther, Danis GR, Beisitzer
- Armin Camenzind, Littau LU, Beisitzer
- Juliette Hotz, Bolligen BE, Beisitzerin
- Gisela Oreiller, Muttenz BL, Beisitzerin
- Adrian Ineichen, Wohlen AG, International Officer
- Christa Markwalder, Burgdorf BE, Nationalrätin
- Simon Hofstetter, Signau BE, Generalsekretär

EINE SOLIDARITÄTS- PATENSCHAFT

für die Zukunft der Kinder



Terre des hommes

021/654 66 66



Terre des hommes, En Budron C8,
1052 Le Mont-sur-Lausanne

Fax 021/654 66 77 • E-mail info@tdh.ch

Gratisinserat

Kinderhilfe - www.tdh.ch

Bessere Chancen für eine Swisscom ohne Bundesfesseln

Die FDP setzt sich für eine selbständige Swisscom ein. Dies ist im Interesse der Telekommunikations-Kunden in der ganzen Schweiz und des Unternehmens

Kaum ein anderer Markt hat sich in den vergangenen Jahren dermassen rasant verändert wie der Telekommunikationsmarkt. Beschränkte sich vor zwanzig Jahren die Telekommunikation auf einen Festnetzapparat pro Haushalt, haben unterdessen Mobiltelefonie und Datenübertragung die Telekommunikation und damit auch den Markt grundlegend verändert. Eine Verlangsamung dieser Entwicklung ist nicht absehbar. Nur dynamische Unternehmen, die über entsprechende Investitionsvolumen verfügen, können sich in einem solchen Markt behaupten.

Geschütztes Monopol

Dank der De-facto-Garantie des Festnetzmonopols konnte Swisscom in der Vergangenheit hohe Profite erwirtschaften, die von den Kunden, d.h. von den Einwohnern unseres Landes, finanziert worden sind. Aufgrund der Verlagerung hin zu mobilen Dienstleistungen und anderen Kommunikationstechnologien (z.B. Telefon über Internet) wird diese Monopolrente aber kleiner. Swisscom muss sich also entwickeln können, allenfalls sogar im Ausland, und dies ist nur möglich, wenn die Bundesfesseln wegfallen.



Latenter Interessenkonflikt

Dass die heutige Mehrheitsbeteiligung an Swisscom Probleme bieten kann, sah die FDP schon im Jahr 2000 voraus. Der Bundesrat wurde bereits damals aufgefordert, eine Lösung zu präsentieren, wie er sie mehr als fünf Jahre später vorlegte. Jahrelang wurden die In-

teressenkonflikte, die aufgrund der Bundesbeteiligung entstehen, erfolgreich verdrängt. Der Bund hat ein Interesse daran, dass sein Geld sicher investiert ist und langfristig eine gute Rendite abwirft. Sicherheit steht an erster Stelle – und das ist richtig so. Aus dieser Perspektive ist auch die Abneigung des

Die Grundversorgung

Die Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen hat das Parlament 1997 im Fernmeldegesetz festgeschrieben. Diese Grundversorgung umfasst Telefon- und Datendienste, Telefonkabinen, Vermittlungsdienste für Seh- und Hörbehinderte, Verzeichnisse und den Zugang zu Notrufdiensten. Diese Leistungen müssen in einer vorgegebenen Qualität und zu gleichen Preisen der gesamten Bevölkerung in allen Landesteilen zur Verfügung stehen. Damit wird über alle Regionen der Schweiz hinaus ein Ausgleich erzielt, der auch den Randgebieten den Zugang zur Telekommunikation sichert.

Im Jahr 2003 wurden die Anforderungen an die Grundversorgung an die technischen und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst. Seither gehört auch der leistungsfähige Digitalanschluss zur Grundversorgung.

Die Grundversorgung 2003 in Zahlen

Festnetzanschlüsse	4,0 Mio. (100%)
Anzahl Anschlüsse analog	3,1 Mio. (78%)
Anzahl Anschlüsse ISDN	0,9 Mio. (22%)
Anzahl Teilnehmer pro km	2100
Anzahl Verkehrsminuten national	18,1 Mia.
Kabel in allen Anschlussnetzen	150 700 km
Freileitungen	30 400 km
Publifone (öffentliche Standorte)	>8500
Anrufe auf Verzeichnisdienste im Jahr	37,5 Mio.
Anrufe auf Notrufdienste im Jahr	2 000 000

Quelle: Swisscom

Von der PTT zur Swisscom

- 1852 Zwischen St. Gallen und Zürich wird der erste Telegrafendienst eröffnet
- 1876 Erfindung des Telefons durch Graham Bell
- 1890 Die Telefonnummer ersetzt die einfache Angabe des Namens bei der Vermittlung
- 1936 Erste öffentliche Münz-Sprechstelle (später Telefonkabine genannt)
- 1978 Die PTT beginnt mit dem Aufbau des Natel-Netzes
- 1993 Der Fernmeldebereich der PTT wird in Telecom PTT umbenannt
- 1995 Der Bundesrat trennt Post und Telecom in zwei selbständige Unternehmen
- 1996 Sunrise und DiAx werden gegründet
- 1997 Telecom PTT wird in Swisscom umbenannt
- 1998 DiAx und Orange erhalten neben Swisscom eine Handy-Konzession
- 1998 Börsengang von Swisscom
- 1999 Swisscom steigt aus verlustreichen Engagements in Asien und Osteuropa aus, übernimmt aber die Mehrheit der deutschen Debitel.
- 2000 Die britische Vodafone beteiligt sich mit 25% an Swisscom Mobile
- 2001 Zusammenschluss von Sunrise und DiAx
- 2003 Cablecom startet mit einem Telefonangebot über das Kabelfernseh-Netz
- 2004 Swisscom verkauft die Debitel-Beteiligung mit über 3 Mia. Franken Verlust. Die Übernahme von Telekom Austria und der tschechischen Cesky Telecom scheitern.

Bundesrates gegen Ausländerengagements von Swisscom, die höhere Risiken mit sich bringen als das angestammte Binnengeschäft, verständlich. Das Unternehmen aber will und muss in neue Märkte vordringen und grosse Investitionen in neue Technologien tätigen, denn die Telekommunikation verändert sich mit rasender Geschwindigkeit – und auch das ist, aus Sicht der Unternehmung, völlig richtig. Vor Investitions-Flops ist in diesem Markt aber niemand gefeit, wie auch gewisse Investitionen von Swisscom in der Vergangenheit bewiesen haben.

Der Widerspruch zwischen staatlicher Risikoscheu und dem unternehmerischen Bedürfnis, Risiken einzugehen, kann schlicht nicht aufgelöst werden. Deshalb ist es aus liberaler Sicht sinnvoll, dass der Bund seine Beteiligung an Swisscom abgibt – und zwar vollständig. Selbst mit einer kleinen symbolischen Beteiligung stünde die Eid-

genossenschaft nach wie vor in der Verantwortung. Eine Verantwortung allerdings, die nicht mehr mit den tatsächlichen Kompetenzen übereinstimmen würde.

Grundversorgung

Die Einsicht, dass sich Swisscom ohne Bundesfesseln besser entwickeln kann, ist weit verbreitet. Für Skepsis sorgt allenfalls das Thema «Grundversorgung». Besonders in den Randregionen existiert die Befürchtung, dass nach einem Ausstieg des Bundes bei Swisscom die Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen nicht mehr gewährleistet sei. Diese Angst ist allerdings unbegründet, denn die Grundversorgung wird nicht durch die Bundesbeteiligung an Swisscom, sondern im Fernmeldegesetz geregelt. Dort ist festgeschrieben, wie die Grundversorgung auszusehen hat; durch wen sie schlussendlich erfolgt, ist zweitrangig.

Der weitere «Fahrplan» zum Thema Swisscom

Noch ist der mögliche Ablauf ziemlich vage, ein Fahrplan könnte aber folgendermassen aussehen:

Der Nationalrat behandelt das Geschäft im Mai im Rahmen der Sondersession.

Anschliessend befassen sich die Ständeratskommissionen (Verkehrskommission und Finanzkommission) mit dem Geschäft. Dort fliessen die bundesrätliche Vorlage und die Überlegungen des Nationalrats ein.

Frühestens im Juni ist die Swisscom Thema im Plenum des Ständerats.

Nach der Behandlung des Geschäfts kommt es allenfalls in der Wintersession zur Differenzbereinigung.

Die Schlussabstimmung könnte am Ende der Herbstsession stattfinden. Wird beschlossen, Swisscom von den Bundesfesseln zu befreien, dann ist mit dem Referendum zu rechnen. Eine Volksabstimmung wäre demnach im Frühjahr 2007 möglich. Setzen sich allerdings die Swisscom-Gegner durch, dann wird die Vorlage nicht dem Volk vorgelegt, und die Bundesfesseln bleiben bestehen.



Die Telefon-Gewohnheiten haben sich verändert. In diesem Umfeld muss sich auch die Swisscom verändern können.

Aktienkurs

Bereits im Laufe des Jahres 2005, also lange bevor das Thema «Zukunft der Swisscom» überhaupt aktuell wurde, sank der Kurs der Swisscom-Aktie leicht. Ein vorübergehendes Tief wurde dann nach der Bekanntgabe der bundesrätlichen Pläne und der damit verbundenen Unsicherheit erreicht. Positiv hat die Börse auf die Botschaft des Bundesrats reagiert, welche die Swisscom vollständig von den Bundesfesseln befreien will.

Nach dem Nichteintretensentscheid der Nationalratskommission geriet der Swisscom-Kurs erneut unter Druck.

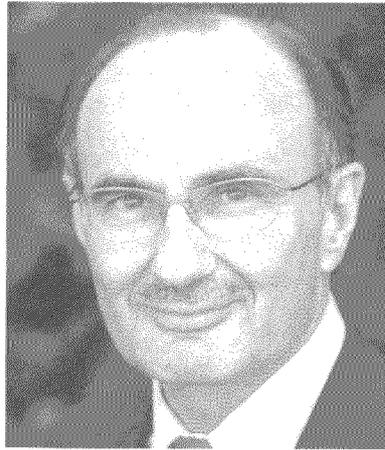
Jahresbericht des Präsidenten der FDP-Fraktion

Von FDP-Nationalrat Felix Gutzwiller, Präsident der FDP-Fraktion

Die Defizite der aktuell gelebten Konkordanz in Parlament und Bundesrat sind im vergangenen Parlamentsjahr mehr denn je zutage getreten. Einerseits ist im Parlament neben dem traditionellen Hang zu Feinkorrekturen und dem Manko an politischem Gestaltungswillen zusätzlich die Tendenz zur Bildung von Negativ-Allianzen feststellbar. Andererseits ist der Bundesrat zu oft Objekt der öffentlichen Erörterung statt Taktgeber der politischen Diskussion. Die FDP befürwortet im Interesse der Reform- und Handlungsfähigkeit des Landes eine Weiterentwicklung der Konkordanz zu Zielvereinbarungen und verbindlichen Absprachen. Die Fraktion hat weiter an der Verbesserung ihrer Arbeits- und Funktionsweise gearbeitet als Voraussetzung für einen erfolgreichen parlamentarischen Auftritt.

Liberales Highlights

Die Habenseite der Berichtsperiode wird aus FDP-Sicht von der Verabschiedung des Entlastungsprogrammes 04 und der Überführung der Ergebnisse des auf Initiative der FDP einberufenen eckigen Tisches zur Sanierung der Invalidenversicherung in den parlamentarischen Prozess angeführt. Es ist zu unterstreichen, dass mit dem EP 03 und dem EP 04 der Haushalt des Bundes um 5 Milliarden und damit um 10 Prozent entlastet worden ist. Das ist ein erheblicher Sanierungsschritt. Es gibt weder Anlass, diesen Schritt kleinzureden, noch zu dämonisieren! Zu den Pluspunkten des Jahres 2005 gehören sodann auch Geschäfte wie das Binnenmarktgesetz, welches verabschiedet werden konnte, und die Strommarktliberalisierung, welche auf gutem Wege ist, sowie auch die Verabschiedung der Revision des Asyl- und Ausländergesetzes. Die FDP hat sich in dieser Revision stark engagiert, weil es um die Re-



Felix Gutzwiller

spektierung des Rechtsstaates und damit um ein urliberales Anliegen geht. Mit starker Beteiligung bzw. unter Führung der FDP-Fraktion konnten 2005 auch ein paar signifikante Modernisierungs- und Liberalisierungsschritte gemacht werden. Als Highlights sind die Erheblicherklärung der Individualsteuer-Motion und die Präimplantationsdiagnostik zu nennen.

Auch das letzte Jahr hat die Richtigkeit der intensiven Arbeit an der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Funktionsweise der FDP-Fraktion demonstriert: Klare Zielsetzungen, geschlossener Auftritt im Rat und einheitliche Kommunikation sind unabdingbare Voraussetzungen für einen erfolgreichen Auftritt im Parlament. Die Fraktion hat deshalb weiter an der Kultur der Loyalität gearbeitet. Die Überzeugung ist gefestigt, dass Geschlossenheit ein wichtiger Erfolgsfaktor der politischen Arbeit der FDP-Fraktion ist. Die Fraktion wird seit einem Jahr vom dreiköpfigen Fraktionspräsidium geleitet, das sich einen intensiven Sitzungsrhythmus auferlegt hat. Die Dokumentation zu den entscheidenden Geschäften zuhanden des Fraktionsplenums ist erheblich verbessert worden. Klare Regeln haben sich in der Fraktion durchgesetzt. Geschäfte, welche für die Positionierung strategische Bedeutung haben, werden frühzeitig als solche beschlossen und vorberei-

tet, und Minderheiten schliessen sich bei entsprechendem Quorum der Mehrheitsposition an oder enthalten sich der Stimme. Sodann konnte die mediale Präsenz von Minderheitspositionen merklich vermindert werden.

Zunehmende Parteiprofilierung

Finanzpolitisch relevante Entscheide im vergangenen Jahr vermögen anschaulich darzustellen, dass die politische Steuerung zu überdenken und anzupassen ist. Trotz nach wie vor enormem Schuldenberg sind 2005 beträchtliche Mehrbelastungen zulasten des Haushaltes und zulasten der künftigen Generationen beschlossen oder in die Wege geleitet worden. Zu nennen sind stellvertretend der Parlamentsbeschluss für eine Halbierung der Kinderprämien, der Nationalratsentscheid für einheitliche Kinderzulagen sowie die regionalpolitisch motivierte Front gegen die Etappierung der Anschlüsse der Schweiz ans Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn. Die Bedeutung des an sich erheblichen Sanierungs-Schritts durch die beiden Entlastungsprogramme wird dadurch wieder relativiert. Mit einer Aufgabenportfolio-Motion hat die FDP Ziel und Vorgehen einer seriösen Finanzpolitik dokumentiert: Der Staat ist wieder zu befähigen, auch auf neue Bedürfnisse einzugehen. Die politischen Akteure sind aufgefordert, Gestaltungswillen aufzubringen, Akzente zu nennen und Verhandlungsbereitschaft zu zeigen. Die FDP hat erste Karten auf den Tisch gelegt: weniger Staat in der Landwirtschaft, Schwerpunktsetzung in Bildung und Forschung.

Auf der Stelle tritt auch die Revision der Krankenversicherung. Blockierend wirken die Partikularinteressen der Akteure im Gesundheitsmarkt sowie auch der Umstand, dass Parlament und Bundesrat gleichzeitig agieren. Kosten dämpfende Massnahmen sind bis jetzt

nicht zustande gekommen, wohl aber Mehrausgaben im erwähnten Bereich der Prämienverbilligung. Die Erarbeitung eines verbindlichen Konsenses über Zielsetzung und Massnahmen der Revision als erster Schritt und Ausweg aus der Sackgasse liegt auf der Hand. Die FDP hat auch hier ein Angebot unterbreitet: Lockerung des Vertragszwanges zwischen Kassen und Leistungserbringern, Eliminierung der Fehlanreize bei der Finanzierung der Behandlung, Verfeinerung des Risikoausgleichs und Förderung der Managed-Care-Angebote.

Verbindende Ziele

Ein zusätzlicher Bremseffekt in der eidgenössischen Politik ist sodann durch die gehäufte Bildung von Negativ-Allianzen durch SVP und SP entstanden. Der daraus resultierende Verhinderungseffekt kam etwa bei Rüstungsvorhaben, bei der Öffnung der letzten Meile, der Verteilung des Nationalbankgoldes und der Bahnreform zum Tragen. Trotz der feststellbaren Zunahme der Bereitschaft, Parteiprofilierung auf Kosten von Sachpolitik zu betreiben, sind jedoch auch Erfolge erzielt worden. Der eckige Tisch unter Leitung der FDP vermochte einen – wenn auch fragilen – Konsens über die Sanierung der Invalidenversicherung herzustellen. Dieser Teilerfolg zeigt auf, dass die Konkordanz trotz gedanklichem Systemwechsel-Flirt nicht ausgedient haben muss. Die Bedingung, ohne die die Fortführung des Konkordanzsystems jedoch nicht mehr über längere Zeit zu gewährleisten sein wird, sind verbindliche Zielvereinbarungen. Den Härtestest für die Konkordanz wird die Reform der Sozialversicherungen darstellen, welche auf eine finanziell tragbare Basis zu stellen sein werden.

Europa und die Mehrwertsteuer

Der Zaubertrick des Präsidenten der sozialdemokratischen Partei!

Von **Léonard Bender**, Vizepräsident der FDP Schweiz

Hans-Jürg Fehr ist ein guter Jassler. In Anbetracht seiner jüngsten Vorschläge zur Kompensierung der Mehrwertsteuer-Erhöpfung im Falle eines EU-Beitritts erscheint es allerdings als fraglich, ob er auch im finanzpolitischen Bereich die richtigen Karten ausspielt. Fast scheint es, als wolle der Präsident der SP ein reales Problem mit einem kleinen Zaubertrick aus der Welt schaffen. Es ist ja weithin bekannt, dass sich die Mehrwertsteuer infolge eines EU-Beitritts quasi verdoppeln würde (von 7,6 auf 15%). Auch hat die MWSt nicht den Ruf, eine besonders soziale Steuer zu sein. Schliesslich herrscht auch allgemein Klarheit darüber, dass eine massive Erhöhung der MWSt katastrophale Auswirkungen auf den Konsum hätte, sollten keine Gegenmassnahmen zur «Kompensierung» getroffen werden.

Mehrwertsteuer verdoppeln?

Daher auch die Vorschläge des sozialdemokratischen Präsidenten, mit welchen er die Quadratur des Kreises schaffen möchte: Verdoppelung der Mehrwertsteuer und «sozialer Mehrwert». Was der Sozialdemokrat damit meint? Er hält zwei Varianten bereit: Die erste besteht darin, dem Volk die zusätzlich erhobenen Milliarden grundsätzlich zurückzuerstatten. Es werden allerdings drei MWSt-Prozentpunkte zurückbehalten, welche teils den Sozialversicherungen zufließen und teils der Finanzierung des EU-Beitritts dienen. Noch schlichter ist die zweite Variante: Der Staat übernimmt die Krankenversicherungsbeiträge (wofür der Anführer der Schweizer Linken 4,5 MWSt-Prozentpunkte veranschlagt); die übrigen 2,9% werden zwischen den Sozialversicherungen und den Kosten des EU-Beitritts aufgeteilt.



Léonard Bender

Nun, was ist von diesen verblüffend einfachen Vorschlägen zu halten? Seriös können sie nicht sein, vielmehr erscheinen sie als eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes. Schlimmer noch, sie offenbaren eine recht beängstigende konzeptuelle Armut. Erstaunlich ist auch, dass sie, mit der einzigen Ausnahme eines Artikels von Jean-Claude Pécelet in der Westschweizer Zeitung «Le Temps» vom 20. März, von den Medien völlig unbeachtet blieben.

Massive Bürokratisierung

Aber schauen wir uns die beiden Vorschläge etwas genauer an. Mit der Rückerstattung an die Haushalte wird dem Volk auf der einen Seite zurückgegeben, was ihm auf der anderen genommen wurde. Es entsteht ein geschlossener Kreislauf, der unweigerlich die Entstehung eines gewaltigen bürokratischen Apparats zur Folge hätte. Weiter bezieht der sozialdemokratische Präsident diejenigen Kosten in seine «Berechnungen» nicht ein, welche den Kantonen und Gemeinden (einschliesslich den Spitälern und Schulen) durch eine Erhöhung der MWSt entstünden – obwohl Experten diese auf 5 Milliarden Franken jährlich schätzen. Wer aber würde für diese finanziellen Ausfälle aufkommen müssen, wenn

nicht die Steuerzahler? Schliesslich unterläuft Herr Fehr bei seinen Gedankenspielen noch ein gravierender Rechnungsfehler, denn eine Erhöhung der MWSt würde nicht einfach zu einer proportionalen Erhöhung der Einnahmen führen. Herr Fehr geht von zusätzlichen Steuereinnahmen in einer Höhe von 22,2 Milliarden Franken aus, Finanzanalysen aber erwarten nur 16,6 Milliarden!

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten Vorschlag, der kostenlosen Basis-Krankenversicherung für alle. Wenn man bedenkt, dass sich die Gesamtkosten der obligatorischen Krankenversicherung im Jahr 2004 auf 19,2 Milliarden Franken bezifferten, wird ersichtlich, dass Herrn Fehrs Schätzungen realitätsfern sind und ihm noch die eine oder andere Milliarde fehlt, um sein Vorhaben gelingen zu lassen. Es muss zudem daran erinnert werden, dass die Sozialdemokraten eine (vom Stimmvolk am 18. Mai 2003 mit 73% Nein-Stimmen deutlich abgelehnte) Initiative lanciert hatten, um die Beitragskosten an das Einkom-

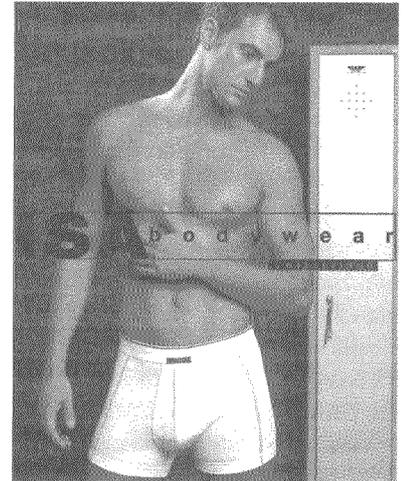
men zu koppeln. Heute wollen uns dieselben Sozialdemokraten die Idee der kostenlosen, steuerfinanzierten Krankenversicherung verkaufen, und zwar unabhängig vom Einkommen! Verstehe das, wer will! Weiter lässt Herr Fehr auch hier wesentliche Fragen unbeantwortet. So steigen beispielsweise die Gesundheitskosten jährlich um 5 bis 6%, was Mehrkosten von über einer Milliarde entspricht. Wie aber sollen diese finanziert werden? Mit regelmässigen MWSt-Erhöhpungen? Was wird aus dem notwendigen und richtigen Anliegen, die Menschen für dieses Kostenproblem zu sensibilisieren, wenn ihnen überhaupt keine Kosten mehr entstehen? Und warum sollen die finanzschwächsten Haushalte, denen zurzeit etwa drei Milliarden Franken an Subventionen zufließen, gleich wie die besser Situierten behandelt werden? Hat sich die moderne Sozialdemokratie etwa der sozialen Ungerechtigkeit verschrieben?

Agenda FDP Schweiz

2. Mai	Seminar für Kantonalpartei-SekretärInnen
8.–12. Mai	Eidg. Sondersession
12. Mai	Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Bern
12. Mai	Von-Wattenwyl-Gespräche
21. Mai	Eidg. Volksabstimmung
26./27. Mai	Vorsessionale Fraktionssitzung
6.–23. Juni	Sommersession
6. Juni	Groupe Latin
8. Juni	Geschäftsleitung
10. Juni	Delegiertenversammlung der Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL) in Delsberg.
10. Juni	Gemeinsame Fachtagung von FDP und LPS im Rahmen der UFL in Delsberg
14. Juni	Fraktionsausflug
30. Juni	Präsidentenkonferenz und Geschäftsleitung in Bern

Alter Spuk im Schweizer Schulwesen

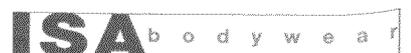
soll einen neuen Bildungsartikel erhalten	↓	alte Initialen der St.Galler-Uni	↓	Fischoel Schulstufe für Fremdsprachen	↓	schulfreier Werktag für den Meter mal 100	↓	er fließt in SO-Asien Walter Känguruh	↓	Sohn Seths und Enkel von Adam	↓	erlauben d. Aufstieg Sprosse um Sprosse	↓	muss sich krümmen wer's werden will
die FDP hat eines für die Bildung erstellt	→	mind. zwei fremde sollen früh gelernt werden	→		→	2	→		→	linke Hand am Piano kriminelle Untat	→		→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Gruss unter Arabern	↓	Stufe zur Offizierslaufbahn	↓	Ankers Tatort folgsam wie Bundesräte	↓	3	↓	Bild aus Steinchen oder Schulsystemen	↓		↓		↓	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Lehrer verkünnen oft faule Schüler dazu	→	4	→		→		→	diese wissenschaftl. Neugier ist zu fördern	→	geteiltes Land im Fernen Osten	→	1	→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Lastenträger od. kurzer Kugelschreiber	↓	Tiere füttern daraus Sperrung bei Morgarten	↓		↓	5	↓	wo Dachs und Fuchs zu Hause sind	↓	französische Vorliebe oder Neigung	↓		↓	6
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Titel für Äthiopiens König der Könige	→	7	→		→		→	geistiger Rohstoff eines Landes	→	Nibelungenmutter Bündner Dorf	→		→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Greenwich Time und Gran Turismo	→		→	Klassen- ausflug, einst meist zum Rütli	→		→	Böcklins Initialen ist glücklich im Märchen	→	8	→		→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
FDP-Forderung an die Schulen	↓	Argentinern, im Musical verewigt	↓	ein -graph zeichnet Erdbeben auf	↓		↓	blauweisser Zürcher Fussballclub	↓	Lehrgänge oder Börsenwerte	↓		↓	9
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
bietet gute Aussichten in der Zentralschweiz	→	11	→	will die FDP ab 4 Jahren Nbf. der Garonne	→		→	wird auch Politikern aufs Brot geschmiert	→	Chemiker- gold wie Wehklagen	→		→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Prüfung, die auch wieder benotet werden soll	→	12	→	er ist's, der die Musik macht	→		→	Vorwort für Verbundenheit	→	European Space Agency	→		→	13
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓
Angleichen von Schul- und Steuersystemen	→	war einst der Tag des Herrn	→		→	14	→	im Besonderen oder Iberia Luftlinie	→		→		→	
↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓	↓



Gewinnen Sie einen gesunden Schlaf!

1.-3. Preis
je ein ISA-Pyjama, gestiftet von der ISA Sallmann AG in Amriswil
So machen Sie mit: Schreiben Sie bis zum 8. Mai 2006 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort und Ihrem Namen und Adresse an:
Generalsekretariat FDP
«Freisinn»-Rätsel
z.Hd. Stefan Nobs
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Vorankündigung

a. o. Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in Murten 18./19. August 2006

Thema: Offene Schweiz mit einem Schwerpunkt im Bereich «Integration»

Wie bereits für die Delegiertenversammlung in Glarus, sind auch hier die Spezialistinnen und Spezialisten in den Kantonen und Gemeinden herzlich eingeladen, dieses Thema mitzudiskutieren.

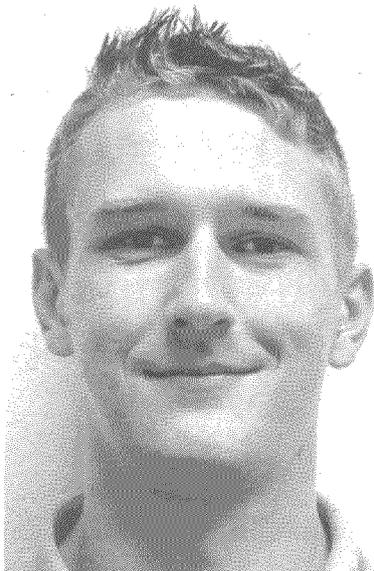
Hinweis: Diese Delegiertenversammlung wird erneut an zwei Tagen durchgeführt.



FDP intern

Per Ende April verlässt Stefan Nobs die «Freisinn»-Redaktion. Er hatte die Redaktion lediglich interimistisch geleitet. Die FDP dankt ihm für seinen Einsatz. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Generalsekretariats konnten nun verschiedene Aufgabenbereiche in einer neuen Stelle «Kommunikationsassistent» zusammengeführt werden. Dazu gehört unter anderem auch der Bereich «Freisinn».

Per 1. Mai tritt nun Eliane Gnägi diese neu geschaffene 80%-Stelle im Generalsekretariat an. Die FDP Schweiz wünscht Eliane Gnägi einen guten Start in den neuen Job!



Kreuzworträtsel aus Nr. 3/06

Lenzgeföhle

Als unser Rätselmacher Walter Vogel das Kreuzworträtsel Anfang März entwarf, liess er sich wohl kaum erträumen, dass wir Mitte April mancherorts weisse Ostern haben werden. So wählte er LENZGEFUEHLE als Lösungswort des Preisrätsels im April-«Freisinn». Verflüxt wie das Wetter zu Redaktionsschluss (Ostern) war denn auch die Anzahl richtiger Einsendungen. 199 Leserinnen und Leser (84 via Postkarte und 115 per E-Mail) liessen uns die richtige Lösung zukommen.

P	F	R	M
A	M	E	R
N	I	S	E
D	I	E	E
O	L	M	I
P	R	E	S
S	A	I	L
N	N	P	S
S	O	N	A
H	P	E	A
A	K	T	E
B	R	O	T
E	L	C	T
P	R	I	M
B	A	D	E
A	R	I	E
P	R	I	N

Aus den Einsendungen zog der per Ende April abtretende «Freisinn»-Redaktor Stefan Nobs die glücklichen Gewinner.

1. Preis

1 FDP-Konferenzmappe und ein FDP-Schirm
Margrit Baumann, 9444 Diepoldsau

2. und 3. Preis

je nach Gewinner/in: ein FDP-Foulard oder eine FDP-Krawatte
Peter Stahl, 8536 Hüttwilen
Marie-Louise Knecht, 9043 Trogen

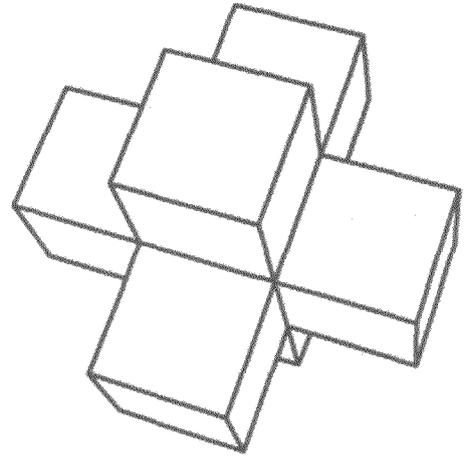
Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

World Federation of Liberalism

Liberal International (LI) is the world federation of liberal and democratic political parties. LI was founded in 1947 to strengthen liberal protection from totalitarianism, facism and communism. It has since become the pre-eminent network for promoting liberalism, individual freedom, human rights, the rule of law, tolerance, equality of opportunity, social justice, free trade and a market economy.

For further information: www.liberal-international.org





Ja zu einer
intelligenten
Schweiz

Ja zur
Bildungs-
verfassung
am 21. Mai

FDP

Wir Liberalen.